

# Sand im Getriebe 134

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Entscheidende Zeiten



CADTM – Proteste in Bolivien



Attac Frankreich – Blockade von Amazon in Montelimar am 29.11.2019



Via Campesina im Südasien

<b>Lateinamerika</b>	
Boaventura de Sousa Santos: <b>Evo Morales: Der Indio im Abseits</b>	3
<b>Internationaler Rat vom WSF:</b> Zur Verteidigung der Demokratie	6
Der begehrte Rohstoff <b>Lithium</b>	6
Harald Neuber: <b>Warum es in Bolivien einen Putsch gab</b>	7
<b>Berlin und der Putsch</b>	8
<b>Adriana Guzmán: Der Staatsstreich spielt</b> Kirchen- und Konzerninteressen in die Hände	9
Lateinamerika kurz notiert	11
<b>Aufstände in Chile</b>	12
Carmen Foro: <b>Brasilien: Die Mentalität der</b> Sklavenhalter kehrt zurück	14
<b>Klimagerechtigkeit</b>	
<b>Weltweiter Streik für das Klima</b>	15
29. Nov. 2019: <b>BlackFriday für Amazon</b>	16
Mit Freihandelsabkommen zur Klimahölle	18
<b>COP 25: Viel Lärm (und CO<sub>2</sub>) – Wofür?</b>	19
<b>Gipfel der sozialen Bewegungen in Madrid</b>	20
<b>Energiecharta-Vertrag mit Klimanotstand</b> nicht zu vereinbaren	21
Die <b>EZB</b> muss endlich im Kampf gegen den Klimawandel aktiv werden	24
Attac At: <b>European Green-Washing Deal</b>	25
<b>Green Deal und Klimapaket</b>	26
Victor Chaix: Eine „gerechte“ CO <sub>2</sub> -Steuer	27
<b>Attac Österreich</b> Klimaschutz erfordert neue Wirtschaftspolitik	29
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Klimawandel stoppen! <b>Agrarpolitische Strategie</b> muss auf den Tisch 18.Januar 2020: Demo „Wir haben es satt“	31

## Vorwort

Die zahlreichen sozialen Bewegungen in Lateinamerika – dem Kontinent mit den größten sozialen Ungleichheiten – mussten 2019 besonders stark ihr Recht verteidigen, über ihre „Zukunft ohne Einmischung nationaler oder internationaler Wirtschaftsmächte zu entscheiden“ (**Internationales Komitee des Weltsozialforums** über Bolivien). **Adriana Guzmán** unterstreicht: Was in Bolivien passiert, ist ein „bürgerlicher, militärischer fundamentalistischer Staatsstreich, der von der Kaste der Unternehmer\*innen unterstützt wird“. Sie ruft auf: „Wir möchten, dass ihr das weitergebt. Dass ihr mit uns fühlt in unserer Erniedrigung, in unserem Schmerz und in unserer Angst vor dem, was die bewaffneten Gruppen hier machen.“ „Wir Feministinnen haben große Kritik an Evo Morales, wegen seiner Wirtschaftspolitik, wegen des Extraktivismus und auch, weil er ein Macho ist. Trotzdem ist es uns lieber, ihn als Präsidenten zu haben.“ Das IC des WSF fordert, „dass jede Regierung, die aus diesem Putsch hervorgehen sollte, von wirklich demokratischen Ländern nicht anerkannt wird“.

**Boaventura de Sousa Santos** schrieb 2009 über Bolivien: „Das Umverteilungspotenzial der neuen Verfassung (2009) wirkt sich wirtschaftlich auf eine dominierende soziale Klasse aus, die nicht bereit zu sein scheint, ihre Privilegien zu verlieren.“ Zehn Jahre später nennt er Erfolge und Errungenschaften wie auch Irrtümer und Misserfolge der bolivianischen Regierung und „vier Herausforderungen [...], die den bolivianischen Kontext und sogar den kontinentalen Kontext überschreiten: den Staat, die lange Transition, die Verbindungen zwischen den Widerstandskämpfen und die Demokratie“.

**Attac Deutschland** gehört zu den Organisationen, die ihre Solidarität mit der Rebellion der Bevölkerung in Chile bekundet haben, und fordert zudem einen sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte nach Chile und die Beendigung der Zusammenarbeit deutscher und chilenischer „Sicherheitskräfte“.

Die **COP25** fand nicht in Chile sondern in Madrid statt. Die starken Bewegungen für **Klimagerechtigkeit** mussten feststellen, dass Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad nicht vereinbart wurden. Und nun? Kritik an der herrschenden Politik (wie die Unterwerfung unter den Zielen der Konzerne durch die Energiecharta der EU), Debatten über Klimaschutzpläne (Green Deal der EU, Klimapakt in Deutschland, CO<sub>2</sub>-Reduzierungspläne in Frankreich, Agrarpolitik, ...), vielfältiger Widerstand gegen klimazerstörende Konzerne (Amazon), gegen Handelsabkommen, Blockieren der Verursacher (Amazon), ziviler Ungehorsam, Entwicklung von Forderungen und Gegenentwürfe („sozial-ökologische Transformation“), Klimaschutz von unten, sie könnten alle Elemente einer Strategie zur raschen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen sein. Mehrere Strategietreffen der sozialen und Klimabewegungen werden für 2020 vorbereitet, wir werden darüber berichten.

*Anmerkung der Redaktion: Die Nummer 135 erscheint schon Mitte Januar 2020, mit den Schwerpunkten Europa (insbesondere Frankreich) und Bewegungen für den Frieden. Wir arbeiten nur ehrenamtlich und darunter leidet manchmal die kontinuierliche Arbeit an SiG. So haben wir entschieden, die schon vorhandenen Artikel auf zwei Hefte zu verteilen. Unsere [Werkstatt](#) enthält u.a. Artikel, die wir in SiG übernehmen werden, und ergänzt die SiG-Hefte.*



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:**

**Eintragung online** (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

**Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.**

**Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de).  
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3,50 €, 2 Hefte: 5,50 €, 3 Hefte: 7 €, 4 Hefte: 8,50 €, ... 10 Hefte: 18 €

*Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto; portofrei ab 5 Heften*

**Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.**

*An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes*

## Boaventura de Sousa Santos Evo Morales: Der Indio im Abseits

Die dramatischen Ereignisse in Bolivien sind einem imperialen Leitfadens gefolgt, den die Lateinamerikaner/innen inzwischen gut kennengelernt haben: Es geht um die Vorbereitung des Regimewechsels einer Regierung, die als feindlich gegenüber den Interessen der Vereinigten Staaten (oder besser gesagt der multinationalen amerikanischen Konzerne) eingestuft wird. Sie tun dies, indem sie einen doppelten Plan schmieden: einen „feindlichen“ Wahlsieg zu annullieren und das neue Regime, das Maßnahmen ergreift, die für eine Übergangsregierung nicht typisch sind, schnell zu konsolidieren. (...)

Ich sehe in den jüngsten Ereignissen in Bolivien die Keime vieler Ereignisse, die in den kommenden Jahrzehnten auf dem Kontinent und in der Welt auf uns zukommen werden. (...)

### Einordnung des Aufstiegs von Evo und die schwierige kritische Solidarität

Ich schrieb am 3. Februar 2009:  
„(...) Das Verfassungsreferendum von Bolivien 2009 bestand aus zwei Fragen: Erstens, ob die neue politische Verfassung, die im Dezember 2007 in der verfassungsgebenden Versammlung angenommen und im Oktober 2008 durch politische Verhandlungen im Kongress geändert wurde, genehmigt wird oder nicht; und zweitens, ob die maximale Größe des Landbesitzes bei 5.000 oder 10.000 Hektar liegen sollte. Ich war davon überzeugt, Zeuge eines historischen Ereignisses zu sein, eines der tiefgründigsten und intensivsten demokratischen Prozesse unserer Zeit (...), der aber auch sehr widersprüchlich und voller Risiken ist. Ich benenne hier die beiden Hauptrisiken:

Das erste Risiko bezieht sich auf das immer angespannte Verhältnis zwischen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. (...) Hohe Erwartungen führen zu großen Frustrationen und deren Folgen sind unvorhersehbar. Dieses Risiko ist in Bolivien noch schwerwiegender, weil sich die beiden Fragen des Referendums auf eine starke und mehrdimensionale Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit konzentrierten, die sozioökonomische, historische, kulturelle und ethnische Dimensio-

nen miteinschloss. 61,47% der Bolivianer/innen stimmten für die neue Verfassung und 80,66% für die 5.000 Hektar als Obergrenze des Landbesitzes. (...) Aber wird all diese staatsbürgerliche Energie, die stark genug ist, um innovative Verfassungstexte zu produzieren, auch stark genug sein, um diese in die Realität umzusetzen? Wenn nicht, dann ist das Risiko groß.

Das zweite Risiko besteht darin, ob der verfassungsgebende Prozess in der Lage ist, eine neue demokratische Hegemonie zu schaffen, die die im ersten Halbjahr 2008 erkennbare Putschgefahr neutralisieren kann. Das Umverteilungspotenzial der neuen Verfassung wirkt sich wirtschaftlich auf eine dominierende soziale Klasse aus, die nicht bereit zu sein scheint, ihre Privilegien zu verlieren. Die bolivianische Opposition ist heute gespalten in einen Sektor, der in Evo Morales einen Gegner sieht, der bei den Wahlen besiegt werden muss, und einen anderen Sektor, der ihn als Feind sieht, der darüber hinaus auch noch ein Indio ist, der mit allen Mitteln gestürzt werden muss. Im Gegensatz zu dem, was die Massenmedien verbreiteten, hat die Regierung von Evo Morales eine enorme Verhandlungsbereitschaft an den Tag gelegt. Nur um ein Beispiel zu nennen: Entgegen des Verfassungstextes, der im Dezember 2007 von der verfassungsgebenden Versammlung angenommen wurde, gilt die neue politische Verfassung, die im Oktober 2008 aus den Verhandlungen des Kongresses hervorgegangen ist, in Bezug auf den maximal zulässigen Großgrundbesitz nicht rückwirkend. Der ländliche Großgrundbesitz bleibt davon unberührt, solange er produktiv genutzt wird (wie dies auch in Brasilien der Fall ist). Trotzdem ist das zweite Risiko (der Zusammenbruch der Demokratie) real, aber um Bolivien zu neutralisieren, ist die Unterstützung anderer rechter Regierungen der Region erforderlich.“ (...)

### Erfolge und Errungenschaften der Evo-Regierung

Mit der Verstaatlichung (2006) der fossilen Brennstoffe und von strategischen Unternehmen wie der Telekommunikation (Entel), die aufgrund des Anstiegs der internationalen Rohstoffpreise mit einem

enormen wirtschaftlichen Aufstieg einherging, ließ der bolivianische Staat sein Bettlerdasein (der „Staat mit Löchern“) hinter sich, und mit Evo Morales wurden Fortschritte in Richtung eines entwickelten Staates mit territorialer Präsenz erzielt. Öffentliche Investitionen wurden zur Hauptquelle eines Modells für Wachstum, wirtschaftliche Stabilität und Umverteilung, das von allen internationalen Institutionen gelobt wurde. Trotz Schwierigkeiten und Verzögerungen wurden wichtige Schritte unternommen, um die gewünschte Industrialisierung von fossilen Brennstoffen und anderen großen Vorhaben (Stromerzeugung, Eisengewinnung, Nutzung von Lithiumreserven) voranzutreiben.

Die neue Verfassung brachte Fortschritte und grundlegende Errungenschaften im Rahmen des neuen plurinationalen Staatsmodells mit internen Autonomien. Ein grundlegender Erfolg war die verfassungsrechtliche Anerkennung der „ursprünglichen indigenen Bauern“ als politisches Subjekt und deren Einbeziehung in die staatliche Struktur und in den öffentlich-politischen Bereich. (...)

Natürlich muss auch auf die Verringerung der Ungleichheit und der Armut als wichtige Errungenschaften hingewiesen werden. Während der Regierungsperiode von Evo verringerte sich die Armut nach offiziellen Angaben von 59,9 auf 34,6 Prozent, während die extreme Armut von 38,2 auf 15,2 Prozent zurückging. Hierzu trugen verschiedene Sozialmaßnahmen für schutzbedürftige Sektoren bei (Würdige Rente für ältere Menschen, Programm Juancito Pinto für Kinder im schulpflichtigen Alter, Programm Juana Azurduy für schwangere Frauen).

Verschiedene Studien internationaler Organisationen, wie z.B. des PNUD, belegen als Errungenschaft der Regierung von Evo Morales auch die soziale Integration der neu entstandenen Mittelschicht, da der Anteil der Menschen mit einem mittleren Einkommen von 3,3 Millionen (2005) auf sieben Millionen (2018) angestiegen ist. Es gibt jedoch auch eine Debatte über die Nachhaltigkeit dieser wichtigen Ausweitung der Mittelschicht in Bolivien.

Es müssen auch die wichtigen Fortschrit-

te hervorgehoben werden, die die Regierung von Morales aufgrund des neuen verfassungsmäßigen und regulatorischen Rahmens bei der Gleichstellung der Geschlechter, der Chancengleichheit von Frauen und Männern und insbesondere auch bei der gleichberechtigten Präsenz gewählter Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften auf alle Ebenen (Plurinationale Gesetzgebende Versammlung, Versammlungen der Departamente, Gemeinderäte) durchgesetzt wurden. Möglich wurde dies durch den permanenten Impuls der Frauenorganisationen.

Weitere offensichtliche Erfolge in Bezug auf den Abbau von Ungleichheiten und die soziale Integration sind unter anderem die drastische Verringerung des Analphabetismus sowie günstige makroökonomische Indikatoren (Bolivien hat in den letzten Jahren das Wirtschaftswachstum in Südamerika angeführt) und die Halbierung der Arbeitslosenquote (von 8,1% auf 4,2%), die nachhaltige Erhöhung des Mindestlohns, die Erhöhung der Lebenserwartung, erhebliche öffentliche Investitionen in die Infrastruktur (insbesondere in Straßen und Tausende von Bauvorhaben in den Provinzen und ländlichen Gebieten).

In jedem Fall ist es auch eine Errungenschaft, die an Indikatoren gar nicht gemessen werden kann, dass die Würde und Souveränität Boliviens im internationalen Kontext enorm gestärkt wurde.

### **Irrtümer und Misserfolge der Regierung von Evo**

So wie die Regierung von Evo Morales unbestreitbare Erfolge vorzuweisen hatte, gab es auch Misserfolge und schwerwiegende Fehler.

Zweifelloos war es ein großer Fehler, den Veränderungsprozess mit der Entfremdung gegenüber den sozialen Organisationen und Bewegungen und durch ihre Kooptation oder gar Spaltung zu bürokratisieren. Als starke und autonome Organisationen nötiger waren denn je, um die erreichten Errungenschaften zu überwachen und abzusichern, wurden sie von staatlicher Seite durch die Vergabe von Posten und Pfründen an ihre Führungen geschwächt.

(...) Nach Abschluss des Verfassungsgebungsprozesses zeigte die Regierung eine Schwäche in Bezug auf die praktische Umsetzung einiger wichtiger Grundsätze der Verfassung, insbesondere in Bezug auf die Ausübung (und nicht nur die Anerkennung) von Rechten.

Wir müssen auch die Irrtümer des Regie-

runghandelns erwähnen, wie das gescheiterte „Gasolinazo“ 2010 (1), den Bruch mit den Indigenen der Tierras Bajas wegen des Straßenbauprojektes durch den Nationalpark TIPNIS 2011 (2), die anhaltende Orientierung auf ein Entwicklungsmodell, das auf Megaprojekte und extraktivistische Unternehmungen setzt, die Missachtung vorheriger Konsultationen und weitere politische Maßnahmen zugunsten der Allianz der Regierung mit dem agroindustriellen Sektor von El Cruce.

Aus demokratischer Perspektive war die Durchführung und die spätere Nichtanerkennung des bindenden Referendums (im Februar 2016) über die Wiederwahl des Präsidenten sicherlich ein wichtiger Bruchpunkt. Dabei hatten etwas mehr als 51% der Bevölkerung die Reform von Artikel 168 der Verfassung abgelehnt, der eine erneute Kandidatur von Evo Morales, dem Kandidaten der MAS (3) verbot. (4) Außerdem tat sich der Veränderungsprozess auch schwer, neue Führungskräfte aufzubauen, was zur Folge hatte, dass er „Evo-abhängig“ wurde.

Der Staat hat auch seinen eigenen in der Verfassung verankerten plurinationalen und mit Autonomien versehen Charakter eingeschränkt. (...)

Schließlich muss auch darauf hingewiesen werden, dass es ein Fehler war, die indigene Justiz der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterzuordnen, obwohl der rechtliche Pluralismus ausdrücklich in der Verfassung verankert ist. Und das Grundprinzip des Buen Vivir (5), das von indigenen Nationen und Völkern als alternatives Entwicklungskonzept übernommen wurde, wurde durch die oben bereits erwähnte Orientierung der Evo-Regierung auf eine national-populäre Agenda verwässert (...).

### **Der Fall von Evo: der imperiale Putsch und die lokalen Eliten**

Wenn die Fehler die Erfolge übersteigen würden, wäre es das „Natürlichste“ in der Demokratie, dass Evo Morales die Wahlen verloren hätte. Aber dies ist nicht das, was passiert ist. Der Fall von Evo war das Ergebnis eines Staatsstreichs. (...) Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass in Bolivien bereits seit langem ein Putschplan in Gang gesetzt wurde, der aus verschiedenen Komponenten bestand, die zwischen den lokalen Eliten und dem US-Imperialismus gut synchronisiert waren. Tatsächlich wurde die Rede vom „Betrug“ bereits Wochen vor den Wahlen festgezimmert. Und in verschiedenen örtlichen Versammlungen ha-

ben sich die Leute darauf festgelegt, die Wahlen nicht anzuerkennen, falls Evo die Wahlen gewinnen sollte. Dieser Diskurs wurde durch grobe Fehler des Obersten Wahlgerichts noch verstärkt. (...)

Obwohl nach dem Rücktritt von Evo und seinem Asyl in Mexiko keine Militärregierung die Macht übernahm, konsolidierte sich der Putsch durch die Autoproklamation der zweiten Vizepräsidenten des Senats (deren Partei nur 4% der Stimmen im Senat erhalten hatte) als neue Präsidentin des Landes. Dabei berief sie sich auf die verfassungsmäßigen Nachfolgeregelungen und übernahm, unterstützt von der Polizei und den Streitkräften und ausgestattet mit konservativen religiösen Symbolen und rassistischem Revanchismus, ihr Mandat.

Wir haben also einen ersten Moment, in dem die Putschisten die in einer Demokratie legitime Mobilisierung der Bürger ausnutzten, um die Gewalt zu fördern (wie die Verbrennung von fünf Wahlgerichten in den Departamenten); einen expliziten Putsch, der das Präsidentschaftsmandat durch äußere Einmischung (der USA durch die von Almagro geführte OAS) und durch interne Akteure (zivile Politiker, Polizei, Armee, lokale Eliten) gewaltsam unterbricht; und eine immer noch fragile und unsichere Dynamik in demokratischen Bahnen, die mit der einstimmigen Entscheidung des von der MAS dominierten plurinationalen Parlamentes, Neuwahlen abzuhalten, eröffnet wurde. (...)

Heute sucht man nach einem schwierigen, prekären und wenig glaubwürdigen Weg, um zu einer demokratischen „Normalität“ an den Wahlurnen zurückzukehren, während die Verletzung der Menschenrechte anhält. Eine Rückkehr, bei der Evo Morales und Álvaro García Linares ausgeschlossen bleiben, und mit einer Übergangsregierung, die beabsichtigt, internationale Verträge zu kündigen (wie den Rückzug von ALBA (6) und UNASUR (7)), strategische Unternehmen zu privatisieren, die Agrargrenze noch weiter auszuweiten, die Wirtschaft zu liberalisieren und ihr die natürlichen Ressourcen zu übergeben, das diplomatische Korps massiv zu verändern, die Mitglieder des Obersten Wahlgerichts zu ersetzen, und insbesondere das kollektive Subjekt der indigenen Völker und der nationalen Volkssektoren aus dem politischen Horizont zu eliminieren und damit auch alle Forderungen, die in den Kämpfen der indigenen Völker entstanden sind (Buen Vivir, Plurinationalität, kollektive Rechte, gemeinschaftliche Demokratie, Respekt für die Mutter Erde).

Die imperiale Intervention nutzte interne Fehler, um den Einfluss Chinas auf den Kontinent in einem weiteren Land (nach Brasilien und Ecuador) zu neutralisieren. Die Rivalität zwischen den beiden Imperien (eines im Abstieg begriffen und das andere im Aufstieg) kennt keine demokratischen Regeln. Es geht um die Vorherrschaft in der neuen Globalisierungswelle, die auf künstlicher Intelligenz und 5G-Technologie basiert. Derzeit scheint China besser positioniert zu sein, um die Führung zu übernehmen, weshalb es mit positiven Anreizmaßnahmen (der neuen Seidenroute) international voranschreitet, während die USA mit Strafmaßnahmen (Embargos, Wirtschaftssanktionen, Regimewechsel, Aufstandsbeämpfung) intervenieren.

Die multilaterale Fassade wird von der OAS bereitgestellt, die in der Region als Innenministerium der USA operiert. In den letzten Monaten unterzeichnete die Regierung von Evo Morales mit China einen Vertrag über die Gründung eines Unternehmens, das metallisches Lithium auf der Grundlage der riesigen Lithiumvorkommen in Bolivien herstellt, einem strategischen Mineral für die neuen technologischen Anforderungen. Daher war es notwendig, diesen Aufstand gegen die immer noch gültige Monroe-Doktrin (nachdem der Subkontinent der Hinterhof der Vereinigten Staaten ist) zu neutralisieren.

Daher wandte der US-Imperialismus ein bekanntes Drehbuch für einen Regimewechsel an, um den Zugang zu den strategischen natürlichen Ressourcen eines Landes in seinem Einflussbereich zu gewährleisten.

Bolivien fungierte, wie zuvor in Brasilien, als Laboratorium für das, was kommen wird. Im Falle Boliviens kann man sagen, dass eine antiimperialistische Regierung niemals so viele Möglichkeiten für imperiale Einmischung bot und sich so schnell ergab (im klaren Gegensatz zu Venezuela). Aber der Imperialismus und die Eliten wissen, dass es Führungspersönlichkeiten gibt, die es trotz aller Fehler schaffen, die Herzen der verarmten, gedemütigten und vergessenen Klassen zu erreichen und dass trotz aller ihrer Fehler die Gefahr besteht, dass sie zu-

rückkehren. Deshalb ist es notwendig, den Unterdrückungsapparat und das Justizsystem zu mobilisieren, um sie wegen Verbrechen anzuklagen, die sie für immer politisch ausschalten. So war es mit Rafael Correa, mit Lula da Silva und mit Cristina Kirchner (in diesem Fall vorerst ohne Erfolg). Das gleiche wird nun auch mit Evo passieren. (...)

### Langfristige Herausforderungen

Unter vielen anderen möglichen wähle ich vier Herausforderungen aus, die den bolivianischen Kontext und sogar den kontinentalen Kontext überschreiten: den Staat, die lange Transition, die Verbindungen zwischen den Widerstandskämpfen und die Demokratie.

Erstens hat es der Staat, dessen Präsident Evo Morales war, nicht erreicht, plurinational zu werden. Es war sicherlich ein Staat, der sich um das Wohlergehen der Bevölkerung kümmerte, die unter Vergewaltigung, Diskriminierung, Vergessenheit und Demütigung gelitten hatte, aber er funktionierte aus einer kolonialen, zentralistischen und autoritären institutionellen und kulturellen Logik heraus. Das historische Erbe lastet gleichermaßen auch auf denen, die am meisten darunter leiden, selbst dann, wenn sie versuchen, dieses zu bekämpfen. Die indigene Geduld und der Widerstand sind in Jahrhunderten entstanden. Ein Land wie Bolivien wird nur dann vollständig demokratisch sein, wenn es von indigenen Völkern und nach indigenen Weltanschauungen regiert wird.

Zweitens macht es nur Sinn, die Staatsmacht zu ergreifen, wenn man sie darauf ausrichtet, den Staat zu transformieren. Die Macht des Staates muss genutzt werden, um einen langen Übergang zu einem wirklich plurinationalen, antikapitalistischen, antikolonialen und antipatriarchalen Staat einzuleiten. Das Lernen begann mit Evo, und endet nicht mit ihm. Im Gegenteil, dies ist nur ein Anfang. Nach 500 Jahren politischer Abwesenheit musste ein Beginn von 13 Jahren verwirrend und sogar widersprüchlich verlaufen.

Drittens müssen antikapitalistischer, antikolonialer und antipatriarchaler Wider-

stand immer so artikuliert werden, dass sie sich gegenseitig stärken. Auf theoretischer Ebene wissen das viele Bewegungen und insbesondere die große Mehrheit der feministischen Bewegungen. Das Problem ist, in jedem historischen Kontext das richtige Gleichgewicht und die politischen Kriterien zu finden, um dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen lernen, gemeinsam und bescheidener voranzugehen, und zwar mit der Bürde unserer Unzulänglichkeiten unserer gegenseitig begangenen Fehler.

Viertens hat die liberale Demokratie keine Zukunft und läuft Gefahr, demokratisch zu sterben, indem sie immer wieder Antidemokraten oder Regierungen auswählt, die sich schnell von ihrer sozialen Basis trennen. Auf diese Weise wird die liberale Demokratie immer mehr mit neuen Formen der Diktatur verwechselt. Die wahre Tragödie des letzten Jahrhunderts bestand nicht darin, eine Demokratie zu legitimieren, die sich leicht der Diktatur ergab oder mit ihr verwechselt wurde. Die wahre Tragödie war, die Demokratie von der Revolution zu trennen. Wir müssen die Demokratie revolutionieren und die Revolution demokratisieren.

- 
- (1) Der Versuch der Regierung, die Treibstoffpreise am 26. Dezember 2010 massiv zu erhöhen, der nach massiven Protesten jedoch fünf Tage später wieder zurückgenommen werden musste (d. Übers.)
  - (2) Territorio Indígena y parque nacional Isiboro Sécuré, Indigenen-Schutzgebiet und Nationalpark Isiboro-Sécuré (d. Übers.).
  - (3) Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus, die Partei von Evo Morales (d. Übers.).
  - (4) Diese Entscheidung des Referendums wurde später durch das Oberste Wahlgericht wieder aufgehoben, sodass Evo Morales letztlich trotzdem zur Wahl antreten konnte (d. Übers.).
  - (5) Das gute Leben (d. Übers.).
  - (6) Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América, Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika (d. Übers.).
  - (7) Unión de Naciones Suramericanas, Vereinigung der Südamerikanischen Nationen (d. Übers.).

Quelle: [Gewerkschaftslinken Hamburg](#)  
Im spanischen Original erschienen bei: [Publico.es](#), 03. Dezember 2019  
Übersetzung: Matthias Schindler

In der Nummer [121](#) von 'Sand im Getriebe' „**Schwierige Zeiten in Lateinamerika – daraus lernen**“ haben wir mehrere Artikel über die widersprüchliche Entwicklung in Lateinamerika veröffentlicht, u.a. von Renaud Lambert (*Lateinamerika – warum sind die progressiven Kräfte ins Stocken geraten?*) und von Álvaro **García Linera, Vizepräsidenten des Plurinationalen Staates Bolivien** (*Sieben Lektionen für die Linke*).

Auf der Eröffnungsfeier des 20. Treffens des Foro de São Paulo in La Paz, Bolivien, 2014 hatte Linera die [Rede](#) „*Um die erreichten Veränderungen zu bewahren, müssen wir sie weiter vertiefen.*“ gehalten. Darin nennt er fünf Erfolge und fünf Herausforderungen, die zur *aktuellen* Analyse der Rückschläge in Bolivien beitragen können.

# Internationaler Rat des Weltsozialforums Zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien und Lateinamerika

Die unterzeichnenden Organisationen, Mitglieder des Internationalen Rates des Weltsozialforums, bekunden ihre entschiedene Ablehnung des Staatsstreichs gegen den Plurinationalen Staat Bolivien sowie der Eskalation der Gewalt gegen das bolivianische Volk, das seine Würde verteidigt. (Dezember 2019)

Es besteht kein Zweifel daran, dass die nach dem Appell von Präsident Evo Morales zur Durchführung von Neuwahlen begangenen Gewalttaten gegen gewählte Amtsträger und ihre Familien Terrorakte und ein Affront gegen die demokratische Rechtsordnung sind.

Sie haben mehr als 20 Tote und 700 Verletzte gefordert. Verzichtserklärungen unter diesen erzwungenen Bedingungen sind nicht gültig. Ebenso entbehrt die Übernahme der Regierungsgeschäfte jeder demokratischen Legitimation und sollte als Affront gegen die Demokratie in Bolivien und in jedem anderen Land angeprangert werden.

Aus diesem Grund lehnen wir Gewaltaktionen und politischen Terrorismus ab, die von den Bewegungen eingesetzt werden, die den gewählten Vertretern in Bolivien ablehnend gegenüberstehen, und befürworten eine rasche Wiederherstellung der demokratischen Regeln in die-

sem Land. Wir bekunden unsere Solidarität mit dem bolivianischen Volk, insbesondere mit indigenen Frauen und den sozialen Bewegungen dieses befreundeten Landes.

Wir schließen uns den internationalen Solidaritätsbewegungen an, die das Recht des bolivianischen Volkes verteidigen, über seine Zukunft ohne Einmischung nationaler oder internationaler Wirtschaftsmächte zu entscheiden.

Wir rufen soziale Organisationen jeder politischen Herkunft auf, eine demokratische Lösung durch allgemeine Wahlen zu suchen sowie Gewalt und terroristische Praktiken gegen die wehrlose Bevölkerung abzulehnen.

Wir bekräftigen, dass es weder in Bolivien noch in einem anderen Land der Welt ohne demokratische Prozesse, freie Wahlen und wirklich partizipative Regierungsformen möglich ist, für allgemeines Wohlergehen zu sorgen. Deshalb fällt un-

sere Verurteilung des Staatsstreichs in Bolivien so rigoros aus. Wir fordern, dass jede Regierung, die aus diesem Putsch hervorgehen sollte, von wirklich demokratischen Ländern nicht anerkannt wird.

Wir halten es für gerechtfertigt und notwendig, die Verfassungsmäßigkeit im Plurinationalen Staat Bolivien wiederherzustellen, weshalb wir fordern, dass das Militär in seine Kasernen zurückkehrt und die demokratischen Verfahren befolgt, die zur Befriedung des Landes beitragen.

10.11.2019 - [Erklärung](#) von **Noam Chomsky und Vijay Prashad** zum andauernden Putschversuch in Bolivien

12.11.2019 - [Regierungen](#) in Lateinamerika kritisieren den Staatsstreich und rufen zur Beendigung der Gewalt auf.

## Der begehrte Rohstoff Lithium

„... Lithium spielt eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von leistungsfähigen Batterien für Elektroautos. Die großen multinationalen Konzerne haben seit geraumer Zeit die bolivianischen Vorkommen im Visier, die Konflikte haben in den letzten zwei Jahren zugenommen.“

(**Raul Zibechi**, Schlacht ums Lithium“, in [Zeitschrift Luxemburg](#), 2010)

[German Foreign Policy](#), Nov. 2019:

Treibende Kräfte des Umsturzes sind vor allem weitgehend weiße, wohlhabende Kreise aus dem bolivianischen Tiefland – nicht zuletzt Großgrundbesitzer –, denen die Umverteilung zugunsten der verarmten indigenen Bevölkerung insbesondere im Hochland wie auch die Verstaatlichung wichtiger Bodenschätze seit je ein Dorn im Auge war; beides hatte Morales seit dem Beginn seiner ersten Amtszeit im Januar 2006 systematisch und mit Erfolg vorangetrieben.

Dies hatte ihm zwar den – teilweise rassistisch verschärfen – Hass der Eliten insbesondere aus der Tieflandmetropole

Santa Cruz eingebracht, ihm aber lange Zeit bei Wahlen sichere absolute Mehrheiten dank der indigenen Bevölkerung garantiert.

Dass sich beim jüngsten Urnengang gewisse Einbrüche zeigten, liegt auch daran, dass die steigende Ausbeutung der Rohstoffe zwecks Förderung der Wirtschaft zu Widerständen in wachsenden Teilen der indigenen Bewegungen führte, denen die Regierung von Präsident Morales ihre Macht verdankte.

Dazu hat zuletzt auch ein deutsches Unternehmen beigetragen, das am Abbau der riesigen bolivianischen Lithiumvorräte beteiligt wurde, dann aber die Gemeinden in der Förderregion nicht – wie geplant – an den Erlösen beteiligte. Daraufhin regte sich Protest, der sich auch gegen den Präsidenten richtete. Die Regierung hat erst vor wenigen Tagen nachgegeben und der deutschen Firma die Fördererlaubnis entzogen – zu spät, um den Unmut zu mildern.

„... Auch wachsen die Zweifel daran, ob das Joint Venture („YL ACISA E.M.“) tatsächlich eine komplette Lithium-Wert-

schöpfungskette bis hin zur fertigen Autobatterie in Bolivien aufbaut; dies hatte die Regierung von Präsident Evo Morales ursprünglich gefordert. Zusätzlich nähren Ansprüche des deutschen Projektpartners auf Patentrechte und auf die Kontrolle der Finanzströme wachsendes Misstrauen gegenüber dem mittelständischen Betrieb aus Baden-Württemberg“ [German Foreign Policy](#), Oktober 2019

**Raubbau für E-Autos? Bolivien versucht die drastischen Umweltfolgen der neuen Mobilität zu lindern**

*In Bolivien und Chile ist ein harter Wettkampf um Lithium entbrannt, ein Schlüssel-Rohstoff für Batteriezellen von E-Autos. Auch Deutschland mischt mit.* [Tagesspiegel](#), 21.05.2019

**Gestopptes Joint Venture in Bolivien - Deutsches Lithium-Unternehmen ruft**

**Altmaier zu Hilfe : Am 3.11.2019 hat Boliviens Staatspräsident Evo Morales per Dekret erklärt, das erst im Oktober 2019 gegründete Joint Venture zu annullieren.** [Spiegel](#), 6.11.2019

# Warum es in Bolivien einen Putsch gab

12. November 2019

In westlichen Medien ist gemeinhin vom "Rücktritt" des bolivianischen Präsidenten Evo Morales die Rede. Das ist falsch. Boliviens gewählter Präsident Evo Morales ist in der Nacht zum 12. November 2019 [nach Mexiko evakuiert](#) worden, nachdem ihm die mexikanischen Regierung Asyl gewährt hat. Die mexikanische Luftwaffe flog ihn aus Chimoré im Departement Cochabamba aus.

Morales hatte sein Amt am Sonntag inmitten einer Welle von Rücktritten von Ministern, Abgeordneten und regionalen Funktionären seiner "Bewegung zum Sozialismus" (MAS) niedergelegt. Zuvor hatten die Oberkommandierenden der Armee und der Polizei ihn zu diesem Schritt aufgefordert, während Oppositionelle Vertreter des Regierungslagers massiv bedrohten.

*"Schwestern und Brüder, ich gehe nach Mexiko, dankbar für die Selbstlosigkeit der Regierung dieses Brudervolkes, das uns Asyl geboten hat, um sich um unser Leben zu kümmern", [schrieb](#) Morales auf Twitter: "Es tut mir weh, das Land aus politischen Gründen verlassen zu müssen. Bald werde ich mit mehr Kraft und Energie zurückkehren."*

(...) Während der gewählte Präsident das Land verlassen hat und Bolivien in ein Machtvakuum gestürzt ist, übernimmt die Armee in einem immer stärkeren Ausmaß die Kontrolle in den Straßen. (..) Trotz dieser Entwicklung, ungeachtet des Umstandes, dass Morales sein Mandat noch bis Januar innehat und Bolivien zum ersten Mal seit dem Ende der Militärdiktaturen der 1980er Jahre nicht mehr demokratisch regiert ist, wird ein Staatsstreich von der bolivianischen Opposition [in Teilen der westlichen Presse in Abrede gestellt](#).

Eine Aufklärung in vier Punkten.

## 1. Es ist ein Putsch, weil ein Wahlbetrug nie bewiesen wurde

Die Kontroverse um das Wahlergebnis entzündete sich vor allem an der sogenannten Schnellauszählung (Transmisión de Resultados Electorales Preliminares, TREP). Sinn dieser vorläufigen und unvollständigen Auszählung ist es, noch am Wahlabend möglichst schnell erste Ergebnisse bekannt zu geben. Als das TREP-System noch am Wahlabend 83,85 Prozent der Wahlzettel erfasst

hatte, gab die Wahlbehörde eine erste Pressekonferenz. Morales lag zu diesem Zeitpunkt bei 45,71 Prozent und Mesa 37,84 Prozent, eine Differenz von 7,87 Prozentpunkten. Oppositionskandidat Mesa verkündete umgehend, es werde eine Stichwahl geben, weil der Abstand zu Amtsinhaber Evo Morales weniger als zehn Prozent betrage. Die Aussage basierte aber eben nicht auf dem amtlichen Endergebnis.

(...) Vor allem die Auswertung der Ergebnisse aus dem entfernten ländlichen Gebieten nahm stets mehr Zeit in Anspruch. Schließlich stand die Wahlbehörde derart unter Druck, dass sie nach 96,63 Prozent ausgewerteter Stimmzettel die Veröffentlichung der TREP-Ergebnisse wieder aufnahm.

Plötzlich lag Morales mit 46,86 Prozent in Führung und Mesa kam auf 36,72 Prozent. Der Abstand betrug demnach knapp mehr als zehn Prozentpunkte. Aus Akten des verantwortlichen Softwareunternehmens Neotec geht hervor, dass der Unterschied auf die Auswertung von 3.833 Ergebnisprotokollen aus den Wahllokalen zurückzuführen ist. Diese Zahl stimmt exakt mit der Gesamtzahl der ausgewerteten Protokolle und auch mit der parallel laufenden offiziellen Stimmzählung überein.

Die Opposition sprach dennoch umgehend von Betrug und begann ihre Mobilisierungen. Befeuert wurde sie von der OAS-Wahlbeobachtermission, die von einer *"unerklärlichen Trendwende"* sprach. Wohlgemerkt: Alle diese Äußerungen wurden getätigt, bevor das Endergebnis vorlag und bevor eine Überprüfung stattgefunden hat.

Tatsächlich hatte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) diese Methode, die [auch in anderen Ländern angewandt](#) wird, [empfohlen](#). Die OAS hat zudem in keinem ihrer bisherigen Berichte eine Manipulation nachgewiesen. In ihrem [letzten Bericht](#) spricht sie von Unregelmäßigkeiten in 78 Ergebnisprotokollen, das sind bei einer Gesamtzahl von 34.555 dieser Datensätze exakt 0,22 Prozent.

Das lässt sich schwerlich als "weit verbreitete, schwere Unregelmäßigkeiten" bezeichnen, die [Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in der Bundespressekonferenz](#) zu erkennen meinte.

## 2. Es ist ein Putsch, weil sich Polizei und Armee gegen die Regierung gestellt haben

Der Staatsstreich, der in westlichen Medien gemeinhin als [Rücktritt von Evo Morales präsentiert](#) wird, nahm seinem Anfang mit dem Überlaufen von Armee und Polizei zu den Regierungsgegnern. Der Oberbefehlshaber der bolivianischen Streitkräfte, Williams Kaliman, und der Oberbefehlshaber der bolivianischen Polizei, Yuri Calderón, forderten am Wochenende den Rücktritt von Präsident Morales.

(...) Zugleich gab es [Berichte über Angriffe von Scharfschützen](#) auf Minenarbeiter, die nach La Paz vorzudringen versuchen, um die Proteste der Opposition zu unterstützen.

Auf dem zentralen Prado-Boulevard in La Paz und Oruro [marschierten](#) derweil Dutzende Polizisten in einer Reihe mit Regierungsgegner und skandierten Slogans gegen Morales, wie es in einem [Korrespondentenbericht der Nachrichtenagentur AFP](#) heißt. (...) Polizei und Armee haben den Staatsstreich durch ihr politisches Agieren und das Überlaufen zu den Regierungsgegnern erst ermöglicht. Zumindest die Polizei ist bislang - in einem kompletten Machtvakuum - führend daran beteiligt, Proteste Indigener und anderer Anhänger der Bewegung zum Sozialismus mit zunehmender Brutalität zu unterdrücken. Und das, obwohl Morales mit knapp 47 Prozent der Stimmen de facto Wahlsieger ist.

## 3. Es ist ein Putsch, weil er mit Terror gegen Regierungspolitiker und ihre Familien einherging

*"Wir treten zurück, damit meine indigenen Schwestern, wie in Santa Cruz und Cochabamba, nicht weiter attackiert werden. Jetzt können (Gegenkandidat Carlos) Mesa und (der Oppositionspolitiker Luis Fernando) Camacho zufrieden sein. Ich will keine Konfrontationen",* sagte Morales in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Vizepräsident Álvaro García Linera und Gesundheitsministerin Gabriela Montaña. Morales bat ausdrücklich darum, Angriffe auf Privathäuser einzustellen. Zuvor war auch das Haus seiner Schwester Esther in Brand gesteckt worden. Das war kein Einzelfall: In sozialen Netzwerken beklagten vor allem Angehörige der

nun gestürzten Bewegung zum Sozialismus Angriffe auf ihre Privathäuser.

- Zuletzt wurde in der Stadt Cochabamba das Haus von Präsident Morales [gestürmt und geplündert](#). "Hurensohn", sprühten die Regierungsgegner in den Treppenaufgang.

- Víctor Borda, der MAS-Präsident des Abgeordnetenhauses, trat von allen Posten zurück und legte sein Mandat nieder, nachdem sein Haus angezündet und sein Bruder von oppositionellen "Bürgerkomitees" entführt worden war.

- Am vergangenen Mittwoch brannte ein Mob das Bürgermeisteramt der bolivianischen Stadt Vinto nieder. Die Demonstranten [zogen die Bürgermeisterin Patricia Arce \(MAS\) aus dem Gebäude](#), schnitten ihr die Haare ab, [übergossen](#) sie mit roter Farbe und [trieben](#) sie durch die Straßen. Arce wurde schließlich von Polizisten in Sicherheit gebracht.

- In Quillacollo entführte eine radikale Oppositionsgruppe den ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft CSUTCB, Feliciano Vegamonte. In einem online verbreiteten [Handyvideo](#) ist zu sehen wie 15 Regierungsgegner den Mann zwingen, sich auf den Boden zu knien und um Vergebung zu bitten.

In den meisten Fällen zielten diese oft rassistisch motivierten Angriffe der meist weißen Regierungsgegner darauf ab, Funktionsträger der indigen dominierten MAS einzuschüchtern und zum Rücktritt zu bewegen. Motorisierte Kommandos wie die [Gruppierung Resistencia Cochala](#) fahren (und fahren) durch die Straßen und machen Jagd auf mutmaßliche Regierungsanhänger. In ihr Visier gerät, wer indigen aussieht. Die politische Gewalt und Einschüchterung der sogenannten Bürgerkomitees ist damit ein zentraler Aspekt dieses Putsches.

#### 4. Es ist ein Putsch, weil es der Opposition nie um die Wahlen ging

(...) Zuletzt hatte Morales neben einer kompletten Überprüfung der Wahl durch die OAS politische Gespräche mit der Opposition und schließlich Neuwahlen angeboten. "Ich habe nichts mit Evo Morales und seiner Regierung zu verhandeln", antwortete Mesa in einer [Videobotschaft](#) - und lehnte damit eine politische Lösung der Krise ab. Auch der Anführer des radikalen Bürgerkomitees aus Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, wollte von einer Überprüfung der Ergebnisse und Neuwahlen [nichts mehr wissen](#). Er forderte ebenso den Rücktritt von Morales und die Bildung einer "Regierungsjunta". Damit stelle sich die Opposition zuletzt sogar gegen die Position der OAS, nach der Morales und sein Vize García Linera im Amt bleiben sollten, bis die Abstimmung wiederholt wird.

Bolivianische Medien haben [mehrere Audiodateien veröffentlicht](#), in denen Oppositionsführer einen Staatsstreich gegen Morales beraten. Ein entsprechender Plan sollte schon vor der Wahl von der US-Botschaft in Bolivien koordiniert werden.

Die US-Senatoren Ted Cruz und Marco Rubio wurden als direkte Kontakte für die bolivianische Opposition genannt. Sollte Morales die Wahlen am 20. Oktober gewinnen, müsse eine zivil-militärische Übergangsregierung gebildet werden. Auch der Angriff auf Gebäude der Regierungspartei sowie die kubanische Botschaft und ein Generalstreik wurden diskutiert.

Entsprechend fielen die Bewertungen der USA und ihrer Alliierten in der Region aus. Venezuelas selbsternannter Interims-

präsident [Juan Guaidó schrieb](#) von einer "Brise von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie".

US-Präsident [Donald Trump bezeichnete](#) den Sturz Morales' als "bedeutenden Moment für die Demokratie" in Lateinamerika: "Diese Ereignisse sind ein starkes Signal an die illegitimen Regime in Venezuela und Nicaragua, dass Demokratie und der Wille des Volkes immer vorherrschen werden."

Vollständiger Text auf [heise.de](#)

#### Weitere Artikel über Bolivien:

**Marco Paladines, AK 655:**  
**Warnsignale aus dem Herzen Lateinamerikas** - Die Rechte kaperte in Bolivien den Protest gegen die Regierung

**Frederico Füllgraf: Putschversuch in Bolivien** - Mit Heiligem Kreuz, Schlägertrupps und Straßensperren nötigen Konservative Evo Morales zum Rücktritt, [NachDenkSeiten](#)

Eine Analyse unterstellt OAS-Bericht zu Wahlmanipulation in Bolivien "gezielte Irreführung" [amerika21](#), 12/2019

#### [Dossier](#) von Attac Frankreich

#### Das Anti-Morales-Kabinett

Nach Evo Morales' Rücktritt hat Jeanine Áñez ihre neue Regierung vorgestellt. Es ist eine rein weiße, von Rechten geprägte Führungsmannschaft. [Taz](#)

#### Jeanine Áñez - Reaktionärin -

Die bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Áñez will die Zeit am liebsten zurückdrehen - [Neues Deutschland](#)

#### "Die reichen Cholos von La Paz"

,[Monde diplomatique](#)

**Politische Flüchtlinge sind von den Neuwahlen ausgeschlossen** - [amerika 21](#)

## German Foreign Policy: Berlin und der Putsch

(...) International trifft das Ereignis in vielen Ländern auf scharfen Protest. Scharfe Kritik übte unter anderem der designierte argentinische Präsident Alberto Fernández, der den Umsturz ausdrücklich als Putsch einstufte. Die spanische Regierung verurteilte die Intervention der bolivianischen Militärs.

Die **Bundesregierung** hingegen billigt den Staatsstreich. Der erzwungene Rücktritt des Präsidenten sei ein "wichtiger Schritt hin zu einer friedlichen Lösung", erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert, der sich hartnäckig weigerte, sich von den Handlungen der bolivianischen Militärs zu distanzieren. Ausdrücklich

befürwortet wird der Putsch in der **Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen**. Deren außenpolitischer Sprecher Omid Nouripour äußerte, "das Militär" habe "die richtige Entscheidung getroffen, sich auf die Seite der Demonstrierenden zu stellen". (...)

Wenngleich Bolivien nicht zu den Schwerpunktländern der deutschen Lateinamerika-Aktivitäten gehört, unterhält Berlin dennoch gute Beziehungen zu den weißen, relativ wohlhabenden Eliten in Santa Cruz. Eine zentrale Position nimmt dabei gegenwärtig **Oscar Ortiz Antelo** ein, ein früherer Geschäftsführer der In-

dustrie- und Handelskammer in Santa Cruz (...) Zugleich ist er als Generalsekretär der Partei Movimiento Demócrata Social ("Demócratas") tätig und amtiert als Präsident des Dachverbandes **Unión de Partidos Latinoamericanos (UPLA)**, dem führende Rechtsparteien des Kontinents angehören, darunter auch die Renovación Nacional des chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera und der Centro Democrático des kolumbianischen Präsidenten Iván Duque. Die UPLA wird bereits seit dem Jahr 1992 von der **CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung** unterstützt. Das Geld dafür kommt aus dem Auswärtigen Amt. (...) **Mehr hier**



# Adriana Guzmán

## Der Staatsstreich spielt Kirchen- und Konzerninteressen in die Hände



(Santiago, 12. November 2019, [medio a medio](#)).- Adriana Guzmán verbindet den bolivianischen antipatriarchalen Feminismus der Volksgemeinschaften mit dem Feminismus des Abya Yala (des amerikanischen Kontinents). Gemeinsam mit anderen Genossinnen schloss sie sich im Jahr 2003 während des Gaskonflikts der Bewegung an: Was Patriarchat bedeutet und wieso der Feminismus ein wichtiges Instrument zur Entwicklung neuer Lebensformen ist, habe sie auf der Straße gelernt, erklärt Guzmán. Aktuell kämpft sie gegen den Vorstoß der Milizen, die ungeniert die Verbrennung der [Wiphala](#), der Flagge der indigenen Völker, feierten. Die Tragweite dieser Symbolik in Worte zu fassen lässt das Herz schwer werden. Guzmán spricht über den Staatsstreich und ruft zum Widerstand und zur Unterstützung der Aktivist\*innen auf. Von Claudia Korol.

### Wie würdest du den Staatsstreich in Bolivien beschreiben?

Das ist ein bürgerlicher, militärischer fundamentalistischer Staatsstreich, der von der Kaste der Unternehmer\*innen unterstützt wird. Die Mobilisierungen begannen nach den Wahlen am 20. Oktober, als Evo Morales nach der Auszählung zehn Prozent mehr Stimmen hatte als Carlos Mesa und von Wahlbetrug gesprochen wurde.

Teile der Gesellschaft waren unzufrieden, weil Evo sich wieder als Kandidat hatte aufstellen lassen. Als antipatriarchale Feministinnen der Volksgemeinschaften müssen wir unseren Kritiker\*innen in diesem Punkt Recht geben. Wir glauben, dass man Evos Antritt zur Wahl nochmal überdenken müsste.

Aber auf der anderen Seite haben die anderen Parteien auch Dinge für sich beansprucht. Carlos Mesa zum Beispiel ist ein Völkermörder. Er war wesentlich an der Eskalation des Gaskriegs 2003 beteiligt und hat sich trotzdem zur Wahl gestellt. Was ist denn das? Selbst ein Völkermörder kann man sich zur Wahl aufstellen lassen, aber zum dritten Mal wiedergewählt werden kann man nicht?

### Wer sind die Protagonist\*innen des Staatsstreichs?

Auf der einen Seite ist da die Opposition, die das „demokratische Prinzip“ vertritt und sich über den angeblichen Wahlbetrug empört; an ihrer Spitze steht [Carlos Mesa](#), der Vizepräsident von Gonzalo Sánchez de Losada, mitverantwortlich für die Eskalation des Gaskriegs. Diese rückständigen Oppositionellen, die keine eigenen politischen Ansätze, kein Profil haben und während der Jahre des politischen Wandels immer mehr an Substanz verloren haben. Die Parteien angehören,

deren Abkürzungen heutzutage schon keiner mehr kennt – die sammeln sich nun hinter Carlos Mesa und stellen ihn zum Kandidaten auf. Das ist also die so genannte Opposition, die Stimmen derer, die die MAS (Movimiento al Socialismo) infrage stellen.

Die andere Gruppe sind die rechten Faschist\*innen des [Bürgerkomitees von Santa Cruz](#), angeführt von [Luis Fernando Camacho](#). Da haben sich die Unternehmer\*innen in einer Dachorganisation zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu sichern, indem sie auf die Erarbeitung von Gesetzen einzuwirken. Das Bürgerkomitee vertritt Unternehmer\*innen, Oligarch\*innen, Großgrundbesitzer\*innen, Partner\*innen von Großkonzernen im Osten Boliviens. Der Osten des Landes wird dominiert von Großgrundbesitzer\*innen, die ihren Länderreichtum der Diktatur zu verdanken haben. Die indigenen Völker, die Migrant\*innen aus La Paz und aus anderen Regionen, Aymaras und Quechuas mussten die Ländereien für sie bewirtschaften. Es ist die wirtschaftliche Opposition, die den Staatsstreich anführt. Luis Fernando Camacho hat außerdem mit dem organisierten Drogenhandel zu tun. Er ist der Sohn eines [Paramilitärs](#), der für die Diktatur gearbeitet hat. Das sind die Leute, die diesen Staatsstreich angeführt haben.

### Nicht überall im politischen Spektrum spricht man von einem Staatsstreich. Warum verwendet ihr den Begriff?

Erstens, weil gezielt daran gearbeitet wurde, das Land gesellschaftlich und politisch zu destabilisieren und an verschiedenen Orten mit bewaffneten Gruppen Angst zu schüren. Bewaffnet heißt: mit Schusswaffen, Helmen und Schutzschilden. Hochschulgruppen, halbstaatliche Organisationen, paramilitärische Zu-

sammenhänge, faschistische, rassistische Gruppen, die es seit 2008 gibt, wie die Unión Juvenil Cruceñista [rechtsextreme Jugendorganisation von Santa Cruz] wurden mobilisiert. Angst verbreiten, politische Destabilisierung – das sind die wesentlichen Kennzeichen eines Staatsstreichs. Sich mit der Polizei verbünden, die in den Straßen randaliert. Das Militär hinzuziehen, das sich in den Straßen ausbreitet, angeblich, um das Volk zu schützen. Welches Volk? Das Volk, das Luis Fernando Camacho hinter sich gesammelt hat. Das sind die Kennzeichen eines Staatsstreichs.

Und nach Evos Rücktritt zieht nicht Carlos Mesa in den Regierungspalast ein sondern Luis Fernando Camacho, der Vertreter der Unternehmer\*innen, der Kirche, der schlimmsten Fundamentalist\*innen des Landes. Er ist es, der die Fahne hisst, die Bibel auf den Tisch knallt und die Militärjunta einberuft und mit den bürgerlichen, „ehrenwerten“ Personen zusammenbringt.

Insofern hat dieser Staatsstreich klassische Aspekte wie die Präsenz des Militärs und der Polizei, aber auch außergewöhnliche wie die Förderung von Zusammenstößen innerhalb der Nachbarschaft durch gezielte Zuspitzung rassistischer Tendenzen. Die Leute sind mit Forderungen wie „Indios und Gauner raus aus der Regierung“ unterwegs. Alle, die indigene Züge im Gesicht tragen, werden der MAS zugeordnet. Besonders wir indigenen Frauen. Dieser Staatsstreich ist auch ein Angriff auf uns Frauen, auf die sozialen Organisationen. Deshalb die Einschüchterungen, die Erniedrigungen. Es ist ein doppelter Angriff: Es geht nicht nur gegen den Staat, gegen die Regierung, sondern auch gegen die sozialen Organisationen.

### **Wie bewertete ihr als antipatriarchale Feministinnen der Volksgemeinschaften die Regierung Evo Morales?**

Wir haben den Wandel mitgetragen, wir haben ihn ermöglicht. Der antipatriarchale Feminismus der Volksgemeinschaften ist durch diesen Wandel entstanden. Die wichtigsten Debatten haben in der verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden. Das Konzept der multinationalen Gesellschaft, die Anerkennung der Völker, unsere Autonomie und unsere Selbstbestimmung. Heute gibt es autonome indigene bäuerliche Gemeinden. Mit vielen beschränkenden Auflagen zwar, aber immerhin: Die Wiedergewinnung unseres Territoriums ist im Prozess; das war es ja, was die Völker sich gewünscht hatten. So wie es in der Verfassung steht: ein gemeinschaftsbasierter Staat, eine gemeinschaftsbasierte Wirtschaft. Artikel 338 spricht von der nicht entlohnten Arbeit von Frauen, davon, dass Arbeit Reichtum schafft und deshalb durch Staatsgelder ausgeglichen werden muss. Die Ergebnisse der Debatten flossen in die Gesetzgebung ein, die wiederum in Programme und konkretes Handeln.

### **Aber die Regierung Morales steht doch auch wegen ihrer Haltung zum Extraktivismus in der Kritik, richtig?**

Da haben auch wir unsere wesentliche Kritik: im wirtschaftlichen Bereich. Die kapitalistische Grundordnung des Systems wurde nicht verändert, die Interessen der Unternehmer\*innen, der großen Vieh- und Holzhändler nicht wirklich beeinträchtigt. Das steht fest. Es gab auch Verträge mit 100-jähriger Laufzeit, und keine politische Entscheidung zur Verstaatlichung der Minen; das war eine unserer Forderungen. Trotzdem sind wir, was die Anerkennung der indigenen Völker angeht, ein großes Stück weitergekommen, auch im Hinblick auf Bildung und unsere politische Organisation. Veränderungen, die wir erreicht haben, ohne staatliche Unterstützung, manchmal auch gegen den Widerstand des Staates.

### **Kann eine Feministin einen Präsidenten unterstützen, der als Macho eingeschätzt wird?**

Wir Feministinnen haben große Kritik an Evo Morales, wegen seiner Wirtschaftspolitik, wegen des Extraktivismus und auch, weil er ein Macho ist. Trotzdem ist es uns lieber, ihn als Präsidenten zu haben, weil sich etwas von uns in ihm widerspiegelt, anders als bei einem weißen Präsidenten wie Macri, der den Unternehmer\*innen und den Oligarch\*innen

in die Hände spielt. Das ist nicht rein rational, wir spüren diesen Unterschied in unseren Körpern. Uns hat es viel bedeutet, Evo als Präsidenten zu haben. Damit einher ging für uns und unsere sozialen Organisationen ein Prozess der Selbstaufwertung in unserem Alltag, es war ein anderes Gefühl, in den Spiegel zu blicken und uns als das zu sehen, was wir sind. Und genau da setzt dieser Staatstreue an. Deshalb die Demütigungen, der exemplarische Charakter der Gewalttaten und die Verbrennung der Wiphala.

### **Welche Bedeutung hat Rassismus als strukturelle Komponente des Staatsstreichs?**

Der Umbruch der letzten Jahre stand vor allem im Zeichen der Dekolonisierung. Das war in der Bildung ebenso zu spüren wie in der Politik, auf staatlicher Ebene und in den Organisationen, in der Wiederbelebung alter Traditionen und vor allem in einem epistemologischen Wandel, bei dem es darum ging, unsere Form des Denkens, die Form der Machtausübung zu verändern. Dabei haben wir es trotzdem versäumt, uns mit Rassismus auseinanderzusetzen. Warum? Weil es beim Rassismus um das Ausüben von Privilegien geht. Rassismus bekämpfen bedeutet auch, Privilegien zu beenden, und das betrifft überwiegend die Wirtschaft, die Oligarch\*innen, die Großgrundbesitzer\*innen, und die waren nicht in der notwendigen Weise gefordert.

Außerdem ist Rassismus ein übergreifendes Phänomen, das sich nicht auf einen bestimmten Bereich oder auf eine Partei beschränkt...

Beispiele für Rassismus findet man auch in Teilen der linken und der feministischen Praxis. Es gibt da eine kolonialistische geprägte Linke, die denkt, die Indigenen-V Verbände, die Bäuerinnen und Bauern seien gut fürs Steinewerfen, für Blockaden, aber nicht, um zu entscheiden, wie wir leben wollen. Das war der Streitpunkt in der verfassungsgebenden Versammlung und auch zwischen dem weißen, bürgerlichen Feminismus der Mittelschicht und dem Feminismus der Volksgemeinschaften. Mit „weiß und bürgerlich“ beziehe ich mich genau auf die Feministinnen, die ihre Kritik mit der Wucht ihrer Klasse, ihrer beruflichen Stellung, ihrer Herkunft, ihres Geldes und ihrer Nachnamen vorgebracht haben. Sie verurteilen die Regierung nicht nur wegen ihrer politischen Fehler sondern wegen ihrer Indígena-Herkunft. Erst gab es den Korruptionsvorwurf, ohne dass ein Wort darüber verloren worden wäre, dass mit dem Gegenkandidat Carlos

Mesa ein Völkermörder angetreten war. Im Zuge der darauffolgenden Mobilisierungen wurde das Ganze zur Auseinandersetzung zwischen zwei Typen stilisiert, ohne dass jemand von Rassismus gesprochen hätte. Und nicht nur das. Unsere Proteste gegen Rassismus wurden mit der Behauptung vom Tisch gewischt, der Rassismusbefehl sei eine von der Regierung gelenkte Kampagne. Als ob unser Land nicht von den Spaniern kolonisiert, überrannt und systematisch geschändet worden wäre. Als könnte man das durch die Gründung einer Partei, in diesem Fall der MAS, einfach auslösen.

### **Was verlieren die Frauen und das Volk durch diesen Staatsstreich?**

Was verlieren wir durch diesen Staatsstreich, durch den Angriff auf den pluri-nationalen Staat, der durch eine christlich-katholische Republik ersetzt werden soll? Es geht darum, eine indigena-geführte Regierung abzustrafen und vermutlich durch eine Militärjunta zu ersetzen, bestehend aus ehrenwerten Persönlichkeiten. Da ist er wieder, der [Kolonialismus](#). Der Indio wird durch Militärs und ehrenwerte Personen ausgewechselt. Der Staatsstreich richtet sich gegen diese Indígena-Regierung, die mit Bauernorganisationen und sozialen Bewegungen zusammenarbeitet. Die wird nun bewusst abgestraft, damit wir nicht noch einmal auf die Idee kommen, dass es möglich sein könnte, sich dem kapitalistischen System zu entziehen, dass es Hoffnung auf ein gutes Leben gibt. Wir sollen uns nicht noch einmal an Selbstbestimmung glauben, uns selbst organisieren und regieren wollen. Wir sollen dieses kapitalistische, neoliberale, patriarchale, kolonialistische System akzeptieren. Das ist die Botschaft.

### **Wie wird sich das auf die indigenen Volksgemeinschaften auswirken, insbesondere auf die Frauen?**

Wir müssen mit einem absoluten Rückschritt rechnen im Hinblick auf alle unsere Rechte und alles, was wir erreicht haben. Es wird schon über die Streichung bestimmter Gesetze geredet, wie das Gesetz 348, das das Recht auf ein gewaltfreies Leben garantiert und den Femicid als Tatbestand anerkennt. Mit diesem Gesetz waren die Faschist\*innen noch nie einverstanden. Für uns stehen alle unsere Errungenschaften, die symbolischen und die realen, auf dem Spiel. Sie werden auch gegen die indigenen Unis vorgehen. Nur durch diesen Umbruch und den Kampf der sozialen Verbände haben

wir die indigenen Universitäten, wo die Jugendlichen lernen, was in ihrer Volksgemeinschaft gebraucht wird und danach für die Gemeinschaft arbeiten. Das sind keine Unis, die Unternehmer\*innen und Deklassierte hervorbringen, wie die Unis in den Städten. Wir verlieren die Möglichkeit, diesen Umwälzungsprozess gemeinsam mit dem Staat durchzuführen. Aber wir verlieren nicht unsere Hoffnung, unsere Überzeugungen, unsere Träume. In einem faschistischen Staat ist das alles viel schwieriger, aber wir bleiben trotzdem dran.

### Wie ist die Lage jetzt, wo Evo Morales im Ausland ist?

Die Putschist\*innen übernehmen die Kanäle, die Gemeinschaftsradios und berichten permanent über Plünderungen und Terror im Namen der MAS. Um unseren Widerstand zu delegitimieren und zu verunglimpfen, nutzen sie die Kanäle und behaupten fälschlicherweise, unsere Brüder und Schwestern aus den Volksgemeinschaften seien die Gewalttäter\*innen. Die sozialen Verbände plündern nicht, denn sie sind Teil des Volkes, das

sich im Widerstand befindet. Sie haben nach La Paz mobilisiert, darauf wurde in der Stadt das Wasser abgestellt. Wir werden uns La Paz zurückholen und unsere Organisation wieder aufbauen.

### Was braucht das Volk im Widerstand von anderen Völkern? Was braucht ihr von anderen Feministinnen?

Unsere Botschaft an unsere Freundinnen und Genossinnen jenseits der Grenzen: Wir kennen uns, wir haben einander angeschaut. Wir brauchen vor allem euer Vertrauen in unsere Worte, denn es kurst die Information, hier habe kein Staatsstreich stattgefunden, es sei alles in Ordnung. Aber es ist ein Staatsstreich, unterstützt von Militärs und Polizei, die die sozialen Verbände einschüchtern. Wir möchten, dass ihr das weitergebt. Dass ihr mit uns fühlt in unserer Erniedrigung, in unserem Schmerz und in unserer Angst vor dem, was die bewaffneten Gruppen hier machen. Wir rufen außerdem zur kritischen Selbstreflexion hinsichtlich der feministischen Positionen auf. Zu denken, es sei überall das gleiche, Evo sei wie alle und das

Ganze eine Auseinandersetzung zwischen zwei Machos, beruht auf einer Analyse, die zu kurz greift und die uns blind dafür macht, wie das Patriarchat, der Kapitalismus, die wirtschaftlichen und kolonialen Faktoren arbeiten. Das wesentliche wird übersehen, nämlich, dass man mit dem Faschismus nicht diskutiert. Der Faschismus hört nicht zu, weicht nicht zurück, der Faschismus eliminiert. Mit ihren Demütigungen versuchen sie, unsere Kämpfe zu eliminieren. Wir fordern euch auf, dagegen aufzusteigen und einen solidarischen Feminismus der Volksgemeinschaften zu entwickeln, der sich nicht außerhalb von Gut und Böse stellt und der nicht den Rechten in die Hände spielt.

Übersetzung: Lui Lüdick

Quelle: [Página12](#), Deutsch: [npla.de](#)

**El Alto steht auf** - Boliviens indigene Bevölkerung wehrt sich gegen den Putsch der Rechten und Rassisten.

[Jungewelt](#) - Mehr:

<https://amerika21.de/geo/bolivien>

## Lateinamerika - Kurz notiert

### German Foreign Policy

### Venezuela - Die Ära der Sanktionskriege

**Mit der Caritas international fordert erstmals ein großes kirchliches Hilfswerk aus Deutschland explizit die Aufhebung der EU- und US-Sanktionen gegen Venezuela.** Es bestehe "kein Zweifel daran", dass die Sanktionen die Lage der venezolanischen Bevölkerung erheblich verschlechterten, urteilt Oliver Müller, der Leiter der Organisation; es sei "unter humanitären Gesichtspunkten dringend geboten", sie zu beenden. Schon im April kam ein US-Think-Tank in einer ausführlichen Untersuchung zu dem Schluss, allein die seit 2017 neu verhängten Sanktionen gegen Caracas hätten zu steigendem Mangel an Nahrung und Medikamenten geführt und dadurch mehr als 40.000 Venezolaner das Leben gekostet. Damit wären die Sanktionen etwa so tödlich für Zivilisten wie der Krieg in Afghanistan. Dessen ungeachtet hat die EU in der vergangenen Woche die Strafmaßnahmen gegen Venezuela erneut verstärkt. Tödliche Folgen hat die immer exzessivere westliche Sanktionspolitik auch für Zivilisten in einer Reihe weiterer Länder, darunter Kuba, Syrien und Iran. [Mehr](#)

Es bestehe "kein Zweifel daran", dass die Sanktionen die Lage der venezolanischen Bevölkerung erheblich verschlechterten, urteilt Oliver Müller, der Leiter der Organisation; es sei "unter humanitären Gesichtspunkten dringend geboten", sie zu beenden. Schon im April kam ein US-Think-Tank in einer ausführlichen Untersuchung zu dem Schluss, allein die seit 2017 neu verhängten Sanktionen gegen Caracas hätten zu steigendem Mangel an Nahrung und Medikamenten geführt und dadurch mehr als 40.000 Venezolaner das Leben gekostet. Damit wären die Sanktionen etwa so tödlich für Zivilisten wie der Krieg in Afghanistan. Dessen ungeachtet hat die EU in der vergangenen Woche die Strafmaßnahmen gegen Venezuela erneut verstärkt. Tödliche Folgen hat die immer exzessivere westliche Sanktionspolitik auch für Zivilisten in einer Reihe weiterer Länder, darunter Kuba, Syrien und Iran. [Mehr](#)

### Politjustiz in Argentinien:

### Anklage gegen Kirchner fällt in sich zusammen

Prozess gegen designierte Vize-Präsidentin offensichtlich konstruiert. – [amerika21](#)

### Klimawandel in El Salvador, [npla](#)

*Armut verschärft die Folgen des Klimawandels*

### **Peter Nowak: Können die Linksregierungen in Lateinamerika noch ein Bezugspunkt sein?**

„Es gibt keinen Grund die Linksregierungen zu verklären oder gar anzunehmen, dass sie bereits Schritte zum Sozialismus ergriffen hätten.“

Wenn aber als Alternative nur die alte revanchistische und nicht selten faschistische Rechte auf den Plan tritt, ist es klar, dass man gegen diese Kräfte die linksreformistischen Regierungen verteidigen sollte. (...) Müsste es nicht analog zu den Unteilbar-Demonstrationen gegen die Rechte in Deutschland globale Unteilbar-Aktivitäten auch einen Morales und einen Maduro als Bündnispartner gegen die Rechte willkommen heißen?“ [Telepolis](#), 29.12.2019

### **Raul Zelik über das Scheitern von Linksregierungen an neoliberalen Strukturen – in [Freitag](#)**

#### **SiG - Artikel über Lateinamerika (seit 2016):**

Nr. [121](#) „Schwierige Zeiten in Lateinamerika – daraus lernen“ Widerstand gegen EU-Mercosur Abkommen, Nr. [132](#) und [126](#) Argentinien, Nr. [129](#) – Nicaragua, Nr. [130](#) – Venezuela, Nr. [131](#) und [128](#) – Che Guevara, Nr. [124](#) – Fidel Castro, Nr. [123](#)

#### **Nachrichten und Analysen über Lateinamerika**

<https://amerika21.de>

Nachrichtenpool Lateinamerika: <https://www.npla.de/>

Artikel von Frederico Füllgraf in den [Nachdenkseiten](#)

<https://www.nachdenkseiten.de/>

Informationsstelle Lateinamerika: <https://www.ila-web.de>

Nicaragua: <https://www.nicaragua-verein.de>

# Aufstände in Chile



(Foto: CADTM)

Organisiert werden die seit Oktober 2019 währenden Proteste in sogenannten Cabildos, rätendemokratischen Versammlungsformen, die von der [Unidad Social](#) einberufen wurden. Ihr gehören inzwischen 115 soziale Initiativen, Gewerkschaften sowie der Studierendenverband Chiles an.

Zu ihren zentralen Forderungen gehören unter anderem die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die Anhebung von Mindestlohn und Renten auf 500.000 Pesos (rund 600 Euro), die Rückverstaatlichung der natürlichen Ressourcen sowie allgemein bessere Lebensbedingungen, unter anderem Zugang zu würdigem Wohnraum, kostenloser Bildung und Gesundheitsversorgung. ([Amerika21](#), 3.Nov. 2019)

## Aus einer ARTE-Reportage

*Die Menschen sind wütend über die Folgen der Ungleichheit im Land, die verstärkt wird durch die Verfassung, sie stammt noch aus den Zeiten des Diktators Pinochet. Die Privatisierung staatlicher Leistungen, etwa für Trinkwasser, sorgt dafür, dass in vielen Haushalten, vor allem in den trockenen Regionen, kein oder kaum noch Wasser aus den Leitungen kommt. Bergbau und Agrarunternehmer zapfen Grundwasser und Flüsse im Land leer, den kleinen Bauern auf dem Land verdorren die Weiden, das Vieh verdurstet oder verhungert. Als dann vor gut einem Monat die Preise der, im Verhältnis zu den niedrigen Einkommen, sehr teuren U-Bahn Tickets noch einmal erhöht wurden, war das der Funke, der die Wut der Bürger entflammete.*

Die Reportage ist bei [arte.tv](#) bis 03.12.2022 verfügbar.

## Die Hafenarbeiter-Gewerkschaft Chiles

In ihrem Kommuniqué zu einem landesweiten Generalstreik am 21. Oktober heißt es: "Obwohl das Epizentrum des Sozialprotestes jetzt der Preisanstieg des Metro-Tickets in der Hauptstadt ist, können wir nur unterstreichen, dass diese angesammelte Wut heute durch die Ablehnung der endlosen sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Ungerechtigkeiten zum Ausdruck kommt, die die hart arbeitenden Menschen treffen."

Der Regierung wird vorgeworfen, "ihre politische Verantwortung zu verbergen, indem sie weiterhin diejenigen finanziert, die aus den öffentlichen Verkehrsmitteln Profit ziehen" und zu polizeilicher Repression greife, die "an die dunkle Zeit in der Geschichte unseres Landes" erinnere. ([Amerika21](#), 20. Oktober 2019)

## Sebastián Piñera, Posterboy des grünen Kapitalismus

Ohne auf Konfrontationskurs zu gehen und unternehmerfreundlich versprach Piñera mit seinem grünen Kapitalismus, das Land zu retten, ohne es zu verändern. Chile, für gewöhnlich ein Modell für andere Länder in der Region, ging wieder einmal mit gutem Beispiel voran.

Tatsache ist, dass diese Regierung – abgesehen von ihrer wenig ehrgeizigen, aber bestens publik gemachten Agenda – alles versucht hat, um Rohstoffe weiter zu privatisieren; die Augen verschloss vor historisch zerstörerischen Industrien; auf die Unterzeichnung eines Freihandels-Vertrags drängte, der Bayer/Monsanto das Monopol über das Saatgut des Landes gibt; und sie weigerte sich auch, einem internationalen Abkommen beizutreten, das die Zivilgesellschaft in die Umweltpolitik mit einbezieht.

Ganzer Artikel in [amerika21](#)

## Der Pakt der weißen Eliten

Die Bundesregierung stärkt Chiles Präsident Sebastián Piñera in seinem Abwehrkampf gegen anhaltende Massenproteste den Rücken. Man teile mit Chile "grundlegende Werte", heißt es im Auswärtigen Amt; Außenminister Heiko Maas sagt seinem chilenischen Amtskollegen zu, Deutschland stehe "auch in schwierigen Zeiten an der Seite Chiles".

In dem südamerikanischen Land toben seit Wochen Massenproteste, als deren eigentliche Ursache die dramatische Armut und die eklatante soziale Ungleichheit im Land gelten. Piñera, Milliardär und Angehöriger der alten Eliten, lässt die Proteste mit blutigem Gewalt durch Polizei sowie Militär niederschlagen. Die chilenischen Streitkräfte verfügen über zahlreiche Waffen aus deutscher Produktion. Piñera, mit dessen Partei Renovación Nacional die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung seit Jahren kooperiert, obwohl zu ihren Funktionären erklärte Pinochet-Anhänger zählen, stützt die alten, weißen Eliten auch in anderen Ländern Lateinamerikas - etwa in Venezuela. Berlin tut es ihm mit der Anerkennung des venezolanischen Putschisten Juan Guaidó und mit Lob für den Putsch in Bolivien gleich.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8107/>

## Die korrupten „Bluthunde“ der Ein-Prozent-Elite

Von mehreren schwerbewaffneten Beamten [blutig zusammengeschlagene](#), mit hinterlistigen [Fußritten misshandelte](#), an den Haaren geschleifte, gewürgte, mit Motorrädern [brutal angefahrene und überfahrene](#), auf Revieren zwangsentkleidete, [befummelte und vergewaltigte](#) Demonstranten gehören seit Ausbruch der Proteste zum Alltag der Polizei-Willkür, die mit aller Schärfe von Opfern, Juristen und Teilen der Medien als eklatante und systematische [Verletzung der Menschenrechte](#) angeklagt werden. Chiles Carabineros gelten zurzeit als die brutalste Polizei Lateinamerikas.

Aus: [Frederico Füllgraf](#) : Chile: Die 230 Augen des Sebastián Piñera, [Nachdenkseiten](#) 21. November 2019

S. auch: [UN sieht massive Menschenrechtsverletzungen durch Staat](#) - [amerika21](#) 15.12.2019

## Europäische Repressionshilfe für chilenische Polizei

(Santiago de Chile, 5. Dezember 2019, [avispa media](#)).- *“Die chilenische Militärpolizei (Carabineros) wird ab dieser Woche professionelle Beratung von Polizisten aus Großbritannien, Spanien und Frankreich erhalten, um ihre Strategien und das operative Vorgehen zu verbessern, damit das Land die öffentliche Ordnung sicherstellen und unseren Mitbürgern besseren Schutz gewährleisten kann.“* Dies kündigte der chilenische Präsident Sebastián Piñera nach einem Treffen mit Minister\*innen und dem Polizeichef am 24. November an.

Im Zuge dieses Treffens wurde eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die die ‚öffentliche Ordnung‘ wiederherstellen sollten. Dazu zählt die professionelle Beratung durch europäische Polizeikräfte und ein Gesetzesentwurf, der den Militäreinsatz auf den Straßen Chiles erlaubt, *„ohne dass der Ausnahmezustand ausgerufen werden muss“*.

Diese internationale Kooperation ist keineswegs überraschend. Im Falle von Frankreich klingt die Ankündigung wie eine schmerzhaft Erinnerung an die Geschichte: Als General Augusto Pinochet 1973 seine Diktatur errichtete, kamen französische Soldaten und zeigten den chilenischen Behörden die Techniken der Aufstandsbekämpfung, die sie während des Algerienkrieges (1954-1962) entwickelt hatten. Zudem trugen sie zur Stärkung der berühmten Geheimpolizei der chilenischen Diktatur bei, des Nationalen Geheimdienstes DINA (Dirección de Inteligencia Nacional). ([npla](#) 5.12.2019)

### Verfassungsgebende Versammlung?

Nachdem am 17. Dezember 2019 bereits die Abgeordnetenkammer in Chile für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung gestimmt hatte, folgte am 18. Dezember der Senat.

Anders als von sozialen Organisationen gefordert, wird sie jedoch nicht allein durch die Bevölkerung gestellt werden, die Hälfte der Sitze ist für Abgeordnete bzw. Senatoren vorgesehen.

Weiterhin beschloss das Parlament, dass die Versammlung paritätisch von Männern und Frauen besetzt werden wird. Auch indigene Gruppen sollen eine eigene Vertretung erhalten. Das Plebiszit selbst soll im April 2020 stattfinden.

Das Parlament folgte damit den Plänen von Präsident Sebastián Piñera, der als Reaktion auf die seit dem 18. Oktober anhaltenden Proteste neben Reformen im Sozialbereich auch eine Verfassungsänderung angekündigt hatte.

Die aktuelle Verfassung des Andenstaates stammt noch aus der Zeit der Militärdiktatur von Augusto Pinochet.

([Amerika21](#), 20. Dezember 2019)

Viele Informationen und Fotos über Chile:  
<https://amerika21.de/geo/chile>  
[franceameriquelatine](#) (auf Französisch)

**Über 800 Intellektuelle (u.a. Angela Davis, Noam Chomsky, John Pilger) fordern die USA und die „internationale Gemeinschaft“ auf, die Unterstützung des Putschs zu beenden** - "What is happening in Bolivia is highly undemocratic and we are witnessing some of the worst human rights violations at the hands of the military and the police since the transition to civilian government in the early 1980s." [Weiterlesen](#) (in: <https://www.commondreams.org>)

### Persönlichkeiten und Organisationen aus über 60 Ländern Solidarität mit der Rebellion der Bevölkerung in Chile

Mit diesem Schreiben **fordern** wir als Unterzeichnende von verschiedenen Orten der Welt aus **die sofortige Demilitarisierung Chiles und den Rücktritt des Präsidenten Sebastián Piñera**, weil dieser seiner politischen Verantwortung nicht nachgegangen ist und absolutes Desinteresse an einem demokratischen, angemessenen und gerechten Zugehen auf die Forderungen der chilenischen Zivilbevölkerung gezeigt hat.

Als internationale Gemeinschaft halten wir den Ausruf des Kriegszustandes durch die Regierung, welche die Menschenrechte der gesamten Bevölkerung in Gefahr bringt, für inakzeptabel. Eine Bevölkerung, die genug von einer gewaltvollen Unterdrückung durch eine neoliberale Politik hat, die ihnen soziale Rechte genommen hat.

**Wir solidarisieren uns mit der Rebellion der Bevölkerung** gegen ein politisches und wirtschaftliches Regime, das die arbeitende Bevölkerung des Landes auf unterschiedlichen Wegen betrifft: durch das privatisierte Rentensystem (AFP), die steigenden Wasser- und Stromkosten, das Migrationsgesetz, das Freihandelsabkommen TPP11, die Ausbeutung der Natur durch den Extraktivismus, die zunehmende Gewalt gegen Frauen und gegen die indigene Bevölkerung.

**Wir sind besorgt um Menschenleben.** In diesem Moment foltern und ermorden chilenische Polizei- und Militäreinheiten Personen im ganzen Land. Die offiziellen Medien übermitteln diese Informationen nicht. Stattdessen berichten alternative und internationale Medien, wie auch tausende Personen über soziale Netzwerke, was vor sich geht.

Wir stellen uns mit Nachdruck gegen das Gesetz zur inneren Sicherheit und **gegen die Ausrufung des Ausnahmezustands** durch den Staat und rufen internationale Medien und internationale Menschenrechtsorganisationen dazu auf nach Chile zu kommen.

Mit dem Militär auf den Straßen ist kein Dialog möglich!

**RÜCKTRITT PIÑERAS JETZT!**

**VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG!"**

[Quelle](#) in mehreren Sprachen

**Attac Deutschland** hat die Erklärung unterzeichnet und **fordert zudem einen sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte nach Chile und die Beendigung der Zusammenarbeit deutscher und chilenischer "Sicherheitskräfte"**. *„In den Jahren 2000 bis 2018 erteilte die Bundesregierung Genehmigungen für die Ausfuhr von Waffen nach Chile mit einem Gesamtwert von mehr als 118,6 Millionen Euro. Zwischen den deutschen und den chilenischen Sicherheitskräften, die nun mit exzessiver Gewalt gegen Demonstrierende vorgehen, findet immer wieder militärische und polizeiliche Zusammenarbeit statt. Damit muss Schluss sein.“* [Attac Deutschland](#), 4.11.2019

Interview von [Claudia Detsch](#). Auszüge

(...) Die Regierung Bolsonaro hat die internationale Debatte um den Schutz des Amazonas als kolonialistische Einmischung zurückgewiesen. Wie sieht die Haltung im progressiven Lager aus?

Als imperialistisch sehen wir die Besorgnis der Welt nicht an. Wir müssen uns alle klar werden, dass Umweltfragen weltumspannende Fragen sind und dass das Amazonasgebiet natürlich im Blick aller sein muss.

**Die brasilianische Regierung (...) vertritt allein die Interessen des Agrobusiness und der Konzerne**, die wie Raubtiere über das Amazonasgebiet herfallen. Indigene werden ermordet, Landarbeiter, Flussanrainer und andere Völker des Amazonasgebietes, weil man ihr Land in Weideflächen umwandeln will. **Wir wollen mehr als ein Ende der Brände. Wir brauchen ein neues Entwicklungsmodell für das Amazonasgebiet.**

*Bolsonaro ist homophob, hetzt gegen Frauen und Minderheiten. Nimmt man als Aktivistin, als Gewerkschafterin, im täglichen Leben eine steigende Bedrohung wahr?*

Mich trifft das gleich mehrfach. Ich bin Frau, Afrobrasilianerin, komme vom Land und aus dem Amazonasgebiet, erfülle also geradezu perfekt sein Feindbild und bin ein menschgewordenes Stereotyp seiner Ablehnung. (...) Wir Frauen, wir Afrobrasilianerinnen und Afrobrasilianer stellen die Mehrheit der Bevölkerung. Solche Vorurteile zu schüren, das bringt die Gesellschaft auseinander, das ruft die Sklavenhaltermentalität wieder hervor.

*Wogegen begehren die Menschen auf?*

In den neun Monaten seit Bolsonaros Amtsantritt ist viel zerschlagen worden. **Haushaltsmittel wurden gekürzt, insbesondere in den Bereichen Erziehung und Bildung, aber auch die Arbeitsrechtsreform und die Rentenreform lassen Rückschritte auf der ganzen Linie erwarten.** Natürlich wäre es gut, wenn der Widerstand noch größer wäre als er heute ist. Aber es gibt Fortschritte. Wir haben es geschafft, in den letzten Monaten die indigenen Frauen nach Brasília zu holen. Sie sind dort auf die Straße gegangen. Auch die Landarbeiterinnen haben mit der „marcha das margaridas“ protestiert. Im Jahr 2000 waren noch drei von vier Brasilianern, die auf dem Land lebten, arm. Diese Situation hatte sich unter den Präsidenten der Arbeiterpartei PT, Luis Inácio Lula da Silva und Dilma Roussef, entscheidend verbessert. Wir waren nicht mehr als Hungerland bekannt.

Jetzt sind die **Rückschritte erheblich** und so müssen wir wieder auf die Straße gehen.

Wir kämpfen für die Demokratie, für die nationale Souveränität, für die Freiheit des und der Einzelnen und gegen die Gewalt gegen Frauen.

(...) Momentan wird in den Hinterzimmern des brasilianischen Nationalkongresses eine **Verfassungsänderung** verhandelt. Man möchte Artikel 8 der brasilianischen Verfassung kippen, in dem die Koalitionsfreiheit, die Freiheit der Gründung von Gewerkschaften festgeschrieben ist. Er hat uns also nicht nur die Finanzierung entzogen, sondern jetzt möchte er uns auch noch die Möglichkeit nehmen, uns zu organisieren und die Arbeitnehmer zu vertreten. **Für ihn sind Gewerkschaften schlichtweg nicht nötig.** Wir sind darüber sehr besorgt.

(...) **Wir verlangen das Recht auf Koalitionsfreiheit.** Aus den Tarifverhandlungen hat man uns inzwischen zum Teil verdrängt. Wir waren früher zudem in zahlreiche Räte, Gremien und Foren eingebunden und führten einen Dialog mit der Regierung. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für andere gesellschaftliche Akteure. Heute wird die Gesellschaft nicht mehr angehört von der Regierung, es gibt keine Räume mehr, in denen die Zivilgesellschaft sich äußern könnte.

*Welche Unterstützung kann die internationale Ebene leisten, die europäische Linke und die Gewerkschaften beispielsweise?*

Nach dem Putsch gegen Dilma Roussef kam gleich der zweite Akt des Putsches, als man Lula daran hinderte, sich zur Wahl zu stellen. Jetzt leiden wir unter dem dritten Akt, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und dem Schüren des Hasses. Es sind bereits Politiker ins Exil gegangen, weil sie bedroht wurden. Angesichts dieser Verfolgung brauchen wir natürlich **nicht nur Solidaritätserklärungen, sondern jede Art von Hilfe**, auch bei der Kampagne für die Freilassung Lulas. Ohne internationale Solidarität für die Gesellschaft und die Gewerkschaften wird es nicht gehen. Ein kritisches Thema ist das **Freihandelsabkommen** zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. Wir sehen, dass die Kapitel zu den Sozialklauseln, Arbeitnehmerrechten und Umweltfragen sicherlich interessant formuliert, aber nicht sanktionsbewährt sind, Verstöße gegen diese Klauseln haben also für die Täter keine Folgen.

(...) Ich glaube, **die Gesellschaft war unzufrieden**, deswegen hat Bolsonaro die Wahl gewonnen. Wie soll man auch von Lula und Dilma erwarten, dass sie Probleme lösen, die seit 500 Jahren in Brasilien bestehen. Sie sahen sich einer Wirtschafts-

krise gegenüber und darüber hinaus einer Verschwörung derer, die endlich die Macht zurückwollten. Das waren Teile des Kongresses, aber auch die oberste Gerichtsbarkeit. **Das rechte Lager hat sich zusammengerottet**, um sich die Macht zurückzuholen und hat alle Mittel und Wege genutzt, um zuzuschlagen.

(...) **Die Presse** hat mobilisiert und Bolsonaro selbst hat den Hass auf die PT geschürt mit dem Ziel, die Arbeiterpartei zu zerstören. (...)

Aber wir geben nicht auf und wir drehen das Spiel um. Ich glaube, wir schaffen das, wenn wir uns zusammenschließen. Man hat versucht, ein Exempel an uns zu statuieren und zu sehen, ob man die Linke nicht mit einem Mal erledigen kann. **Wir haben diesen Tsunami, diese Attacke der Rechten und der Medien überlebt.** Wir stellen die größte Fraktion im Abgeordnetenhaus und auch zahlreiche Gouverneure der Bundesstaaten. Die PT ist noch lange nicht erledigt. (...)

*Welche Folgen hat die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung?*

Fatal ist schon allein der Verfassungszusatz, der noch unter Temer eingesetzt wurde, der die Mittel für die öffentliche Daseinsvorsorge, also für Gesundheit, Bildung, Abwasserbehandlung etc. für 20 Jahre **einfriert**. (...) Die Leute spüren die Folgen bereits. Sie haben keine Chance mehr, im Gesundheitszentrum der Gemeinde versorgt oder auch vernünftig ausgebildet zu werden. Man will ein Heer von **billigen Arbeitskräften** schaffen... Auch die **Rentenreform** mit der Streichung der Landarbeiterrenten, die eine große Errungenschaft der letzten Jahre waren, wird dramatische Folgen haben und die Menschen aufwachen lassen. (...)

Das Bündnis gegen Bolsonaro, das sich in der letzten Woche gegründet hat, ist schwer einzuschätzen. Es sind Kräfte aus dem Zentrum und aus dem konservativen Lager. Mir scheint es, als wollten sie allein Bolsonaro loswerden, also ein Gesicht durch ein anderes ersetzen. (...) Sie könnten uns helfen, ich denke aber, dass das Projekt dieses neuen Bündnisses genauso auf Privatisierung, auf Verlust nationaler Souveränität und demokratischer Rechte setzt wie Bolsonaro. Wenn es wirklich um ein neues Projekt geht, kann man mit ihnen reden. Wenn nur ein Kopf gegen den anderen ausgetauscht wird, dann sehe ich das eher skeptisch.

16.9.2019

Aus dem Portugiesischen von Marten Henschel und Sabine Dörfler, [IPG-Journal](#)

# Klimagerechtigkeit

Im Jahr 2019 traten die **Extremereignisse** im Zusammenhang mit der Klimakrise, die die größten Auswirkungen auf das Leben der Menschen hatten, **in armen Ländern** auf:

- **Überschwemmungen in Nordindien** zwangen mehr als drei Millionen Menschen aus ihren Häusern und töteten fast 2.000. Der Schaden wurde auf mehr als 10 Milliarden Dollar geschätzt.
- Der **Zyklon Idai**, der im März über das **südliche Afrika** hinwegfegte, war einer der tödlichsten Zyklone, die je auf der südlichen Hemisphäre registriert wurden. Er forderte 1.300 Todesopfer und verursachte Schäden in Höhe von mehr als 2 Milliarden Dollar.
- Der **Hurrikan Dorian** hat 673 Menschen getötet, die überwiegende Mehrheit davon auf den **Bahamas**.  
([Reporterre](#), [Bericht](#): Christian Aid Counting the cost 2019: a year of climate breakdown)

**Australien:** "Die Feuer sind einfach zu groß" ([Tagesschau](#) 4.1.2020) - Seit September sind 100.000 Quadratkilometer verbrannt, allein im Januar 40 000 ([Reporterre](#)-Reportage) - 'What if Australia Were Its Own Planet? As the world's leading coal exporter, Australia is burning down its own house'. By Bill McKibben Twitter – [The Nation](#), 9.1.20

## 29. November 2019: weltweiter Streik für das Klima

### Ende Gelände: Radikaler Protest gegen die Klimakrise für den Kohleausstieg



30.11.2019. Das Bündnis Ende Gelände besetzte die Tagebaue Jämschwalde-Ost, Welzow-Süd und Vereinigtes Schleenhain sowie drei Kohlebahnen. Damit protestieren sie gegen die unzureichende Klimapolitik der Regierung, fordern den sofortigen Kohleausstieg und kritisieren das auf Wachstum ausgelegte fossile Wirtschaftssystem. „4000 Klimaaktivisten und Aktivistinnen haben heute gemeinsam Kohleinfrastruktur blockiert,“, zieht Bündnissprecherin Nike Mahlhaus ein positives Fazit der Aktion und kommentiert: „Wenn politisch Verantwortliche dabei versagen, das Klima und unsere Lebensgrundlagen zu schützen, dann setzen wir den Kohleausstieg selbst um.“

Ein Bündnis aus Fridays for Future und Umweltverbänden wie dem BUND, Greenpeace Regio Ost und PowerShift hatte solidarisch vor dem Kraftwerk Jämschwalde demonstriert. Kohleverstromung macht noch immer einen großen Teil der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus.

[www.ende-gelaende.org](http://www.ende-gelaende.org)

s. auch das [deCOALonize-Europe-Bündnis](#)

### BUND: Mit Fridays for Future auf den Straßen!

630.000 Menschen haben am 29. November 2019 beim globalen Klimastreik zusammen mit Fridays for Future demonstriert – das war großartig! Allein in Deutschland fanden in über 520 Orten Veranstaltungen statt (...). Die größten Demonstrationen fanden in Köln (20.000), München (33.000), Hamburg (55.000) und Berlin (60.000) statt. (...)

Gemeinsam haben wir deutlich gemacht: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören unteilbar zusammen. Menschen im Globalen Süden sowie zukünftige Generationen müssen eine klimagerechte Zukunft haben! Eine sozial-ökologische Wende ist eine riesige Chance für eine gerechtere Gesellschaft – hier und weltweit!

<https://www.bund.net/mitmachen/klimastreik-am-2911/>

[Fotos](#) der Demonstrationen



**Klimastreiks weltweit:** <https://de.globalclimatestrike.net/>  
<https://www.fridaysforfuture.org/>  
<https://www.klima-streik.org/>

**Attac-AG Energie-Klima-Umwelt:**

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite/>

"Sozial-ökologischer Wandel Jetzt! Aber ZACK ZACK!" -  
[Flyer](#) ; [Aufkleber](#)



## 29. November 2019: BlackFriday für Amazon

### Aufruf des französischen Bündnisses "Stopp Amazon und seine Welt", den Black Friday 2019 in einen "Schwarzen Freitag für Amazon" zu verwandeln.

Die Zufriedenheit der Kunden ist das erklärte Ziel von Jeff Bezos, Chef von Amazon. Die Strategie: "in einem Tag", d.h. die Maximierung des Tempos der Paketvorbereitung, um dank Drohnen in weniger als einem Tag, weniger als einer Stunde und vielleicht weniger als einer halben Stunde zu liefern. Sein Ziel ist es ein komplettes Wirtschaftssystem mit verbundenen Häusern, E-Books, Musik, Serien, Filmen etc. zu schaffen, um immer mehr Aufträge für seine Produkte zu niedrigen Preisen zu generieren. Aber hinter dem Helden des Neoliberalismus 2.0 steht eine Vision der Welt, die wir bekämpfen müssen.

Trotz Jeff Bezos' jüngsten Versprechungen über erneuerbare Energien oder die Kompensation seiner Emissionen bleibt die Welt von Amazon eine ökologische Katastrophe. Der multinationale Konzern verkaufte im vergangenen Jahr mehr als 11 Milliarden Produkte. Die niedrigen Preise, die täglichen Werbeaktionen treiben den Überverbrauch an und tragen zum Anstieg der CO2-Emissionen bei, indem sie die Ressourcengewinnung und den Transport per Boot, Flugzeug oder LKW erhöhen.

Amazon Web Services (AWS) ist auch weltweit führend in der Cloud und seine Rechenzentren erzeugten 2018 so viele Treibhausgase wie Portugal. AWS erbringt seine Dienstleistungen für Palantir, ein Konzern, der Donald Trump dabei unterstützt, Migranten zu identifizieren und zu verhaften, die die Grenze illegal überschreiten.

#### Eine Welt ohne Arbeitsplätze

Es wird geschätzt, dass für jeden von Jeff Bezos' Firma geschaffenen Arbeitsplatz zwei Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich verloren gehen. Amazon-Mitarbeiter, von denen viele Zeitarbeiter sind, führen Aufgaben aus, die von den Algorithmen in ihren Scannern getaktet werden. In den neuen

Lagern werden sie zur Unterstützung von 100.000 Robotern eingesetzt. Und bald werden die bereits zahlreich zu überfliegenden Zusteller durch Drohnen ersetzt werden können.

#### Eine Welt ohne Steuern und Demokratie

Die Flucht vor Steuern und rechtlichen Regulierungen ist für den Liberalen Jeff Bezos eine echte Obsession.

Als guter multinationaler Konzern verschiebt Amazon seine Gewinne künstlich in Steuersümpfen wie Luxemburg in Europa oder Delaware in den Vereinigten Staaten.

In Frankreich kündigte Amazon einseitig an, die niedrige Digitalsteuer an seine Lieferanten weiterzugeben.

In Seattle, dem Hauptsitz von Amazon, wurde eine Steuer auf multinationale Konzerne zugunsten der Obdachlosen gestrichen, obwohl sie vom Stadtrat einstimmig angenommen wurde.

Zwölf Jahre nach der Eröffnung des ersten französischen Lagers in Saran (Loiret) weihte Amazon in Anwesenheit des Staatssekretärs für Digitaltechnik Cédric O ein riesiges Lager mit 4.000 Robotern in Brétigny-sur-Orge in Essonne ein. In Fournès im Gard und bei Metz in der Mosel sollen neue Standorte entstehen.

Wir mobilisieren nicht gegen die 7.500 Mitarbeiter von Amazon, die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen ausgesetzt sind um für Amazon die Kosten zu senken (und die Gewinne zu erhöhen). Aber die von Amazon versprochenen Arbeitsplätze führen zur Blindheit von Politiker\*innen. Sie durchschneiden lieber Öffnungsbänder als sich über das Verschwinden von Tausenden von lokalen Unternehmen zu wundern, die Arbeitsplätze und soziale Bindungen in ganz Frankreich schaffen.

Diese Welt zeigt sich jedes Jahr am sogenannten „Black Friday“, heuer am Freitag, den 29. November. Vorbereitet

mit massiver Werbung ermutigt dieser Tag Verbraucher\*innen, zu Millionen von Produkten zu greifen, die sie nicht unbedingt benötigen. Der Schwarze Freitag ist einer der wichtigsten Faktoren der Strategie des Preisdumpings, der es Amazon ermöglicht hat, der größte Händler für Textilien und Elektronik in Frankreich zu werden.

Diese Weltsicht steht im völligen Widerspruch zu dem tiefen Streben nach einem menschenwürdigen Leben auf einem lebenswerten Planeten, das vor allem durch Gelbwesten oder Klimabewegung zum Ausdruck kommt.

Es ist dringend nötig, den Bau neuer Infrastrukturen bei Amazon und anderen E-Commerce-Unternehmen zu stoppen und für die Entwicklung einer lokalen Wirtschaft zu mobilisieren, die Arbeitsplätze schafft, sozialen Zusammenhalt stärkt und mit der Klimakrise vereinbar ist.

Um diese Forderung zu bekräftigen und Amazon nicht länger soziale und ökologische Rechte unterminieren zu lassen, fordern wir, dass der Black Friday 2019 in einen "Schwarzen Freitag für Amazon" umgewandelt wird.

Am 29. November werden wir in ganz Frankreich zivilrechtliche Maßnahmen ergreifen, um die Geschäfte von Amazon zu stören und Alternativen zu fördern, um immer mehr Menschen aus ihrem schädlichen Einfluss zu befreien.

Quelle: [www.stop-amazon.fr/](http://www.stop-amazon.fr/)  
Veröffentlicht in [Le Monde](http://Le Monde)  
[Erstunterzeichner](#)

Das „Modell Amazon“, [Heft](#) von Amis de La Terre, Attac und der Gewerkschaft Solidaires

**Attac Frankreich über die Straflosigkeit von Multinationalen**  
(im Rahmen der internationalen Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“  
<https://stopids.org/de/>)

[Heft](#); [Faktenblätter](#) über Amazon, Bayer-Monsanto, BNP-Paribas, Total



# Attac Österreich

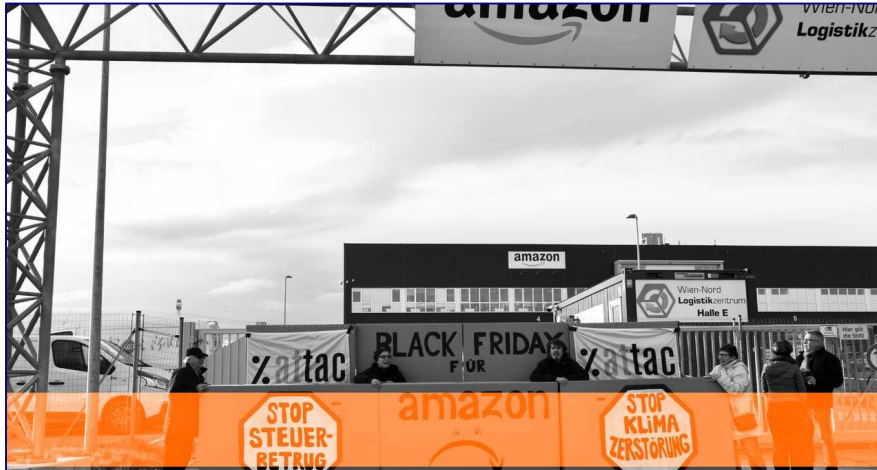
## Black Friday für Steuertricks, Ausbeutung und Klimazerstörung

Amazon steht für eine Welt der Steuertricks, der Ausbeutung von Mitarbeiter\*innen und der Schwächung von Gewerkschaften. Amazon schaltet den Wettbewerb aus und zerstört dabei den lokalen Handel und lokale Ar-

beitsplätze. Und Amazon steht für eine Welt der Klimazerstörung, des Überkonsums sowie der Überwachung von Konsument\*innen. Mit unserer Aktion machen wir auf den hohen Preis aufmerksam, den die Allge-

meinheit für die Übermacht des Konzerns bezahlt. Denn ist Amazon ein Paradebeispiel dafür, wie verheerend sich die wachsende Macht großer multinationaler Konzerne auf unsere Gesellschaft auswirkt.

*Attac Österreich hat am 29.11.2019 das Verteilzentrum von Amazon in Großebersdorf bei Wien blockiert.*



*Attac Österreich: Die Welt von Amazon: Steuertricks, Ausbeutung und Klimazerstörung - Bericht  
(Steuergeschenke und öffentliche Subventionen / Ausbeutung, Überwachung und Kampf gegen Gewerkschaften / Zerstörung von Arbeitsplätzen und lokalem Handel / Klimazerstörung und Konsum um jeden Preis / Überwachung der Nutzer\*innen und der gesamten Bevölkerung/ Sieben Forderungen)*

# Attac Österreich

## Sieben Forderungen, um die Übermacht von Konzernriesen wie Amazon zu brechen

1. Ein strenges Wettbewerbsrecht muss es ermöglichen wettbewerbsverzerrende Monopolisten wie Amazon, Google oder Facebook zurückzudrängen oder zu zerschlagen.

2. Alle multinationalen Konzerne müssen verpflichtet werden ihre Steuern dort zu bezahlen, wo sie wirtschaftlich tätig sind. Die Lösung dafür ist eine Gesamtkonzernsteuer. Zudem braucht es völlige Transparenz über die länderweisen Steuer- und Gewinndaten von multinationalen Konzernen.

3. Arbeitsrechtliche Standards sowie kollektivvertragliche Löhne müssen weltweit ausgebaut statt ausgehöhlt werden, um menschenwürdige Arbeit und sichere, dauerhafte Arbeitsverhältnisse zu garantieren. Dafür müssen die Rechte von Gewerkschaften weltweit gestärkt werden. In Österreich hat die [GPA-djp](#) konkrete Forderungen an Amazon gerichtet.

4. Amazons Macht basiert auch auf viel zu niedrigen Transportkosten. Immer mehr Produkte werden dort hergestellt, wo Unternehmen durch niedrigere Löhne, Umwelt- oder Sozialstandards Kosten sparen und damit Profite maximieren können. Angesichts der Klimakrise ist es dringend nötig regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Dazu bedarf es unter anderem ökologischer und sozialer Kostenwahrheit und gerechter globaler Handels- und Investitionsregeln, die sich an den Menschenrechten orientieren.

5. Multinationale Konzerne – darunter auch Amazon – dringen oftmals mittels internationaler Handels- und Investitionsverträge immer stärker in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur vor. Zentrale wirtschaftliche Bereiche wie Wasser, Wohnen und Gesundheit müssen daher unter öffentlicher Kontrolle bleiben oder

gebracht werden, um die Profitlogik zurückzudrängen.

6. Die Macht und Einflussmöglichkeiten von Konzernen müssen unter anderem auch durch transparente und bürger\*innennahe politische Prozesse und strenge Regeln für Lobbying und Parteienfinanzierung zurückgedrängt werden. Menschen müssen zudem auf allen Ebenen die Möglichkeit haben, sich in den politischen Prozess einzubringen, mitzugestalten und mitzuentcheiden. Demokratie und Mitbestimmung müssen auch auf betrieblicher Ebene gestärkt werden.

7. Rechte für Menschen und Regeln für Konzerne: Auf UN-Ebene wird derzeit ein verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und Wirtschaft verhandelt. Es würde garantieren, dass Konzerne global für ihre Menschenrechtsverletzungen haftbar gemacht werden können.

# Amazon-Proteste und Streiks in Frankreich und Deutschland

In **Paris** versammelten sich mehr als hundert Aktivist\*innen von Attac, Greenpeace, Les Amis de la Terre und Gewerkschaften vor dem Hauptsitz von Amazon France.

In **Lyon** blockierten mehr als 200 Attac- und Klimaaktivist\*innen für zwei Stunden das Amazon-Betriebsgelände. (Foto)

In **Deutschland** streikten die Beschäftigten bei Amazon an allen 8 Standorten für mehrere Tage. Sie fordern einen Tarifvertrag für existenzsichernde Löhne und gute und gesunde Arbeit. Denn grundlegende Rechte werden den Beschäftigten vorenthalten und der Alltag bei Amazon

besteht aus Arbeitshetze und extremem Druck. Das führt dazu, dass viele Beschäftigte krank werden, erklärt dazu die deutsche Gewerkschaft ver.di.

[Attac.at](#)

**Arbeitsbedingungen bei Amazon:**  
[Labournet](#); [Verdi](#)

**Aktionen gegen Amazon am 29.11.:**  
Weitere Fotos über die 80 Blockaden hier:  
[Attac FR](#)

[Bericht](#) von Attac Fr über die Aktionen (Blockaden, Beteiligung von Buchhandlungen, Streik bei Amazon)  
Ausführlicher [Bericht](#) von Reporterre;  
Attac FR: [Presseerklärung](#) ;  
weitere [Aufrufe](#) zu solchen Aktionen für den 29.11. in Frankreich



Es hatte schon 80 [Aktionen](#) am 12.10.2019 gegeben:  
"Außer Betrieb" gegen Total, Amazon und BNP Paribas

Artikel in Sand im Getriebe  
über das Klima (seit 2002): [Liste](#)



## Attac Deutschland, AG Welthandel Der Weg zur Klimahölle ist mit Freihandelsabkommen gepflastert

Auszüge aus einem [Flyer](#), Januar 2020  
(...)Dass bei der Gewinnung von **Öl aus Teersand** die indigene Bevölkerung vergiftet wird und an Krebs stirbt, interessiert praktisch niemanden, aber immerhin sah die EU-Kommission 2009 ein Problem darin, dass Kraftstoffe aus Teersand besonders CO<sub>2</sub>-intensiv sind.

Zehn Jahre später mit **CETA** haben die Fossil-Konzerne die rechtliche Sicherheit, dass ihr – unter Verletzung der Menschenrechte produziertes – Teufelszeug stets ‚frei‘ in die EU exportiert werden kann.

Bei EU-Freihandelsabkommen bezieht sich die Vorsilbe „frei“ auf die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Kon-

zerne, aber eben nicht auf Freiheit der Bürger\*innen, diesen Konzernen Regeln im Sinne des Allgemeinwohls aufzuerlegen. „Handelshemmnisse“ werden knallhart beseitigt, und das sind längst nicht nur Zölle. Praktisch jede Politik und jedes Gesetz zum Schutz des Klimas, der Umwelt, der Beschäftigten, der Verbraucher\*innen usw. kann den Handel ‚hemmen‘; ‚Freihandel‘ als Freibrief für Profite aus Ausbeutung und Zerstörung. Damit auch wirklich gar nichts anbrennen kann, schafft man auch noch **Schiedsgerichte**, die Konzernen bereits in vielen Fällen milliardenschwere Entschädigungen zugesprochen haben. (...) Beispielsweise hat die niederländi-

sche Regierung beschlossen, für die Erreichung der Klimaziele bis 2024 alte und bis 2029 neuere Kohlekraftwerke abzuschalten. Noch hat der Senat dem Gesetzesvorschlag nicht zugestimmt. Daher lässt der finnisch-deutsche Energieversorger Uniper eine Klage wegen des geplanten Kohleausstiegs vor einem Sonderschiedsgericht auf Basis der Energiecharta vorbereiten.

**Handelsabkommen sollten sich an die Bedürfnisse der Gesellschaften anpassen, zwischen denen sie abgeschlossen werden, dann dienen sie auch dem Klimaschutz.**

**AG Welthandel**

[www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen](http://www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen)

# Cop 25: Viel Lärm (und CO<sub>2</sub>) - Wofür?

## Verena Kern, Klimareporter Gewaltige Lücke

Um das 1,5-Grad-Ziel des Paris-Abkommens einzuhalten, müssen die globalen Emissionen bis 2030 halbiert werden, hat der Weltklimarat IPCC vor einem Jahr in einem [Sonderbericht](#) vorgerechnet. Doch laut [Studie](#) *‘The Truth behind the pledges’* decken die bisher abgegebenen Klimaversprechen nur die Hälfte der Emissionsreduktion ab, die dafür nötig wäre.

Selbst wenn alle angekündigten Selbstverpflichtungen vollständig eingehalten werden, ließe sich damit allenfalls das weitere Ansteigen der globalen Emissionen verhindern, so die Forscher.

Um 20 Prozent ging der Ausstoß an Treibhausgasen im letzten Jahrzehnt nach oben. 2010 waren es 45 Milliarden Tonnen [CO<sub>2</sub>-Äquivalent](#), 2017 bereits 53,5 Milliarden Tonnen. Bei Erreichen der bisherigen Klimaziele würde die Welt 2030 bei einem Ausstoß von 54 Milliarden Tonnen landen – also in etwa so viel wie derzeit. - [Weiterlesen](#)

**11.000 Wissenschaftler rufen Klimanotstand aus** - gemeinsame [Erklärung](#) im Fachmagazin *Bioscience*.

## ISW-München

### Wie geht es weiter?

Neue Ansätze und Wege in der internationalen Klimapolitik sind notwendig.

Selbst der UN-Generalsekretär António Guterres sagte nach Madrid: „Ich bin enttäuscht von der Konferenz“. Trotz alledem sollte aber der UN-Prozess prinzipiell, gegen die Trumps und Bolsonaro dieser Welt verteidigt werden, die am liebsten eine derartige internationale Organisation völlig wirkungslos und funktionsunfähig machen bzw. austrocknen und boykottieren möchten. Allerdings haben auch wir erhebliche Kritik, denn in Madrid hat sich wieder gezeigt, dass die bisherige Art der Verhandlungen und die Methodik dieses internationalen Klimaprozesses nicht zielführend ist. Aber die Kritik muss

konstruktiv sein, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Es braucht neue Wege, wie auch Hans-Otto Pörtner, Klimaforscher am Alfred-Wegener-Institut in Bremen und ranghöchster deutscher Vertreter im Weltklimarat IPCC, in einem Interview in der SZ betont. Er bringt **die Idee eines internationalen Gerichtshofs** wegen der Verletzung der grundlegenden existentiellen Menschenrechte in die Diskussion ein: „*Wer den Klimawandel vorantreibt, verstößt gegen Menschenrechte. Wir haben hier ein Problem globaler Dimension. Da kann man durchaus sagen, dass die, die eine Lösung weiter verzögern, kriminell handeln. Das sind Dimensionen, wo Juristen mal ran müssten.*“

Desweiteren liegt es auf der Hand, anstatt der Freiwilligkeit **mehr Verpflichtungen und Kooperations-Regeln für alle Länder im internationalen Klima-Prozess einzuführen**.

Die globale Klimabewegung sollte z.B. im Hinblick auf das Pariser Klimaziel (<1,5°C) darüber nachdenken, **länderbezogene Treibhausgas-Budgets**, zumindest halb-historisch (z.B. ab 1992, dem Jahr der Rio-Konferenz) aus dem globalen Treibhausgas-Budget gemäß der jeweiligen Bevölkerung der Länder zu berechnen. Aus dem Vergleich derartiger länderbezogener Treibhausgas-Budgets mit den akkumulierten realen Treibhausgas-Emissionen ab 1992 bis heute könnten auf transparente und gerechte Weise Kompensations-Rechte bzw. Kompensations-Pflichten (man könnte auch von „Klimaschulden“ sprechen!) der einzelnen Länder abgeleitet werden.

[Abschätzungen ergeben](#), dass für viele Industrieländer des globalen Nordens das ihnen zustehende Treibhausgas-Budget bereits seit Jahren ausgeschöpft ist.

Wenn für die seit der Budget-Überschreitung ausgestoßene CO<sub>2</sub>-Menge ein bestimmter **CO<sub>2</sub>-Kompensations-Preis** angesetzt würde, so könnte daraus ein transparentes und wirksames Regelwerk zur Speisung eines UN-Klimafonds etabliert werden. So könnte eine weit höhere Dimension (ca. 600 Mrd \$/a) und Wirksamkeit für Klima-

schutz und Anpassung in den ärmeren Ländern des globalen Südens entfaltet werden als über die o.g. freiwilligen und immer wieder fraglichen Finanzzusagen.

Die Dringlichkeit der Klimakrise, [die sich immer deutlicher aus vielen naturwissenschaftlichen Befunden](#) und zunehmenden Katastrophen ergibt, verlangt neue Wege in der internationalen Klimapolitik, aber auch eine gewisse Zuversicht, wie dies auch Hans-Otto Pörtner im o.g. SZ-Interview formuliert: „...*Außerdem stehen wir dem Klimawandel nicht hilflos gegenüber. Für die meisten Probleme haben wir Lösungen oder wir sind in der Lage sie zu finden. Die Welt muss nur wollen.*“  
Vollständiger Text: [ISW München](#)

## Einige Einschätzungen über COP 25

- "Enttäuschend, inakzeptabel, verantwortungslos" [Klimareporter](#)

- Auf der Weltklimakonferenz COP25 in Madrid konnte sich die Staatengemeinschaft nur auf den Minimalkompromiss einigen, dass die Klimaschutzziele im nächsten Jahr verbessert werden sollen. Solche reinen Beteuerungen werden der Klimakrise jedoch schon lange nicht mehr gerecht – es fehlen engagierte Taten! Immerhin: Der internationale Emissionshandel konnte in Madrid verhindert werden. [Bund.net](#)

Von den USA konnte man nichts erwarten: Präsident Trump führt sein Land aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015, und seine Administration tut zu Hause alles, um fossile Energie zu fördern und Umweltgesetze zu schleifen. Im brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro und dem australischen Premierminister Scott Morrison hat er willfährige Verbündete: Der eine befeuert die Abholzung am Amazonas, der andere fördert die Kohleindustrie wie weltweit kaum ein zweiter Staatschef.

Vor allem diese Koalition hintertrieb laut verschiedenen Beobachtern Bemühungen, doch noch zu weiter reichenden Beschlüssen in Madrid zu kommen. [Spektrum.de](#)

# Gipfel der sozialen Bewegungen für das Klima in Madrid



<https://cumbresocialclima.net>

Die Verlegung von COP25 von Chile nach Spanien war für die OrganisatorInnen des alternativen Sozialgipfels eine große organisatorische und finanzielle Herausforderung.

An diesem Sozialgipfel, der mit einer großen Demonstration in Madrid am 6.12.2019 begann ([Bericht](#)) nahmen rund 15 000 Personen teil; der Austausch insbesondere mit VertreterInnen von indigenen Völkern und konkrete Verabredungen fanden in 370 Versammlungen statt.

In **Chile**, wo die COP 25 zuerst stattfinden sollte, fanden die geplanten Demonstrationen (Bericht von [Klimareporter](#)) und zwei parallele große Versammlungen statt:

<https://cumbresocialclima.net/programas-chile/>



([Reporterre](#))



Foto: Klimademonstration in Chile, [https://www.campaigncc.org/chile\\_solidarity](https://www.campaigncc.org/chile_solidarity)

## Jenseits der COP25: Völker für das Klima

Aus dem [Aufruf zur Teilnahme an dem Sozialgipfel für das Klima der COP 25 in Madrid](#) (7.-13.12.2019)

„Wir leben in unruhigen Zeiten realer ökologischer, klimatischer und sozialer Notlage und die wissenschaftliche Diagnose über die Schwere und Dringlichkeit des Augenblicks ist eindeutig. Das Wirtschaftswachstum geht zu Lasten der Schwächsten (...) Als AktivistInnen mit Sitz in Spanien und in der Europäischen Union wollen wir die Verantwortung dafür übernehmen zu denunzieren, dass die reichen Regionen der Welt eine ausbeuterische Rolle einnehmen und Protagonisten sind bei der Schaffung von «Opferzonen» in verarmten Ländern, die durch einen energetischen, materiellen und kulturellen Extraktivismus gekennzeichnet sind der Gemeinschaften und gemeinsame Güter zerstört. (...) Die Rolle spanischer und europäischer transnationaler Konzerne in Regionen wie Lateinamerika bedeutet die Verlängerung des 500-jährigen Kolonialismus, verschärft die ökologische Krise und untergräbt die Chancen der Souveränität der Völker. Wir glauben an die Klimagerechtigkeit als das Rückgrat des gesellschaftlichen Kampfes unserer Zeit: denn Nachhaltigkeit ist ohne soziale Gerechtigkeit unmöglich, und Gerechtigkeit gibt es nicht ohne Respekt gegenüber allen Lebewesen des Planeten.(...)“

Die Ergebnisse sind in der [Abschlusserklärung](#) kurz zusammengefasst:

„(...) Unsere Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, uns zu organisieren und zu Übereinstimmungen zu kommen, kann uns vor der ökologischen und sozialen Notlage retten, in der wir leben. Wir haben voneinander gelernt, wir haben solidarische Verbindungen geknüpft, wir haben unseren Kampfeswillen unterstrichen. Wir gehen viel stärker als wir angekommen sind. Zur Verteidigung des Gemeinwohls werden wir den Druck auf die Politiker aufrechterhalten. Wir werden weiterhin gegen den Klimanotstand auf die Straße gehen, wir werden die Solidaritätsnetzwerke mit Menschen von Santiago bis Madrid stärken, die in allen Teilen der Welt für Gerechtigkeit kämpfen. Angesichts der neoliberalen Politik, der zerstörten Gebiete und des Wahnsinns, weiterhin Brennstoffe aus dem Boden zu gewinnen, rufen wir zu einem friedlichen, aber entschlossenen und kontinuierlichen Widerstand auf, denn die Welt ist sich schließlich des Klimanotstands bewusst geworden.“

# Energiecharta-Vertrag ist mit Pariser Klimaabkommen und Klimanotstand unvereinbar

## Attac Österreich: Der Vertrag enthält einen ISDS-Mechanismus

Brüssel/Wien, 9. Dezember 2019 – Der US-Konzern Rockhopper klagt Italien für den Entzug einer Bohrlizenz für Erdöl in der Adria auf bis zu 350 Millionen US-Dollar. (1) Der deutsche Konzern Uniper will die Niederlande auf Schadenersatz klagen, wenn das geplante Gesetz zum Ausstieg aus der Kohlekraft verabschiedet wird. (2) Der Konzern Vattenfall fordert 6,1 Milliarden Euro von Deutschland aufgrund des Atomausstiegs. (3)

Die rechtliche Basis für alle diese Klagen liefert der Energiecharta-Vertrag (Energy Charter Treaty, ECT) (4). Der – auch von Österreich unterzeichnete – Vertrag beinhaltet einen Investor-Staat-Streitbeilegungs (ISDS)-Mechanismus. Dieser ermöglicht es ausländischen Investoren im Energiesektor, Regierungen aufgrund neuer Gesetze – wie etwa den Ausstieg aus fossiler oder atomarer Energie – vor geheimen internationalen Schiedsgerichten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn sie dadurch ihre (zukünftigen) Gewinne beeinträchtigt sehen.

Anlässlich der Jahreskonferenz der Ver-

tragspartner, die vom 10. bis 11.12. 2019 in Brüssel stattfindet, fordert die Plattform Anders Handeln (5) [gemeinsam mit 278 Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften aus den Vertragsstaaten](#) (6) die Regierungen auf, die Vertragsbestimmungen, die auf den Schutz fossiler Brennstoffe abzielen sowie Sonderklagerechte für Investoren zu beenden. „Der Vertrag hindert Staaten an effektivem Klimaschutz. Er ist daher mit dem Pariser Klimaabkommen und der Ausrufung des Klimanotstands durch das österreichische und EU-Parlament unvereinbar. Ohne die Streichung von ISDS Mechanismen und ohne wirksame Durchsetzungsmechanismen für die Bestimmungen zu nachhaltiger Entwicklung, Klimaschutz sowie zur Einhaltung von Menschenrechten und IAO Standards, sollte Österreich aus dem Vertrag aussteigen“, erklärt die Plattform. In Österreich sind gerade die Koalitionsverhandler\*innen gefragt, diese Forderungen in ihr Regierungsprogramm aufzunehmen.

Da viele Staaten zunehmend Pläne für

Klimaneutralität und einen Übergang zu sauberer Energie entwickeln müssen, droht mit dem ECT eine Flut neuer Klagen. Einzelne Länder wie etwa Italien sind bereits aus diesem Vertrag ausgestiegen. Doch anstatt diese Gefahren anzuerkennen, wollen die Vertragspartner den Vertrag anpassen und auf immer mehr - vor allem afrikanische - Staaten ausweiten, kritisiert die Plattform.

---

(1) Details unter [corporateeurope.org](http://corporateeurope.org)

(2) Details unter [faz](http://faz)

(3) Details unter [www.energy-charter-dirty-secrets.org](http://www.energy-charter-dirty-secrets.org)

(4) Der Vertrag über die Energiecharta (ECT) ist ein rechtsverbindlicher internationaler Investitionsvertrag, der 1994 unterzeichnet wurde, um "einen Rechtsrahmen zur Förderung einer langfristigen Zusammenarbeit im Energiebereich" zu schaffen. Es sollte die Investitionen westeuropäischer Unternehmen für fossile Brennstoffe in rohstoffreichen Ländern nach dem Zerfall der Sowjetunion sichern.

(5) Den neuen offenen Brief der Zivilgesellschaft, der von 278 Organisationen unterzeichnet wurde, finden Sie [hier](#).

(6) [Attac.at](http://Attac.at)

## Offener Brief von 278 Organisationen

9.12.2019

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister, Kommissare und Kommissarinnen, Mitglieder des Nationalrats und des EU-Parlaments,

wir schreiben Ihnen als betroffene zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften aus den Mitgliedsstaaten der Energiecharta-Konferenz, die morgen (10. Dezember 2019) in Tirana, Albanien, ihre Jahrestagung abhalten wird. Auf die Konferenz folgt eine erste Verhandlungsrunde zur Modernisierung des Energiecharta-Vertrags (ECT) ab dem 12. Dezember.

Wir – 278 Umwelt-, Klima-, Verbraucher\*innen-, Entwicklungs- und handelsbezogene zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Gewerkschaften – sind der Ansicht, dass der ECT mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und mit den von Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften entwickelten Maßnahmen für einen sozial gerechten Übergang unvereinbar ist. Außerdem steht der

Vertrag notwendigen gesellschaftspolitischen Maßnahmen im Weg. Der ECT wurde und wird zunehmend von Unternehmen genutzt, die im Bereich der fossilen Brennstoffe und der Kernenergie tätig sind, um die Entscheidungen der Regierung zum Ausstieg aus diesen Energien infrage zu stellen.

Er kann darüber hinaus auch ein Hindernis sein, Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu priorisieren, die Energieerzeugung unter öffentlicher Kontrolle zu stellen und Maßnahmen zur Beseitigung der Energiearmut zu ergreifen. Der ECT in seiner jetzigen Form ist veraltet und eine Bedrohung für das öffentliche Interesse. Wir fordern Sie daher auf dafür zu sorgen, dass der ECT nicht länger Maßnahmen zur Vermeidung von Klimaschäden, zum Schutz der Umwelt und zur Erschließung von erneuerbaren Energien für alle untergraben kann. Wir fordern Sie auch auf, die geografische Ausdehnung des ECT auf noch mehr Unterzeichnerstaaten unverzüglich einzustellen.

Der ECT enthält viele Vorschriften – auch für den Energietransit und den Energiehandel –, aber die Bestimmungen zum Schutz ausländischer Energieinvestitionen sind von besonderem Interesse. Sie ermöglichen es ausländischen Investoren im Energiesektor, die Unterzeichnerstaaten des ECT direkt vor den bestehenden Gerichten und in geheimen internationalen Tribunalen, die aus drei Privatanwälten bestehen, zu verklagen. In diesen Gerichten können Anleger\*innen schwindelerregende Summen an öffentlichen Geldern verlangen – als Entschädigung für staatliche Maßnahmen, von denen sie behaupten, diese hätten ihre Gewinne geschmälert/negativ beeinflusst.

### Wir identifizieren sechs Kernprobleme des ECT:

1. Der ECT schützt Investitionen und Infrastruktur für fossile Brennstoffe und wird eingesetzt, um notwendige Klimaschutzmaßnahmen infrage zu stellen

und zu untergraben. Seit 2017 klagt das britische Unternehmen Rockhopper gegen Italien wegen eines Verbots neuer Öl- und Gasaktivitäten in der Nähe der Küste des Landes und fordert eine Entschädigung von bis zu 350 Millionen Dollar (1). Im Jahr 2017 drohte das kanadische Unternehmen Vermilion damit, Frankreich aufgrund eines Gesetzesvorschlages zur Beendigung der Förderung fossiler Brennstoffe zu verklagen, der dann deutlich abgeschwächt wurde (2). Und im Herbst 2019 kündigte das deutsche Unternehmen Uniper an, dass es die Niederlande verklagen und Entschädigung verlangen würde, wenn das Land ein Gesetz zum Ausstieg aus Kohlekraftwerken genehmigen würde. (3) Mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir in Zukunft vermehrt mit ECT-Klagen gegen Klimaschutzmaßnahmen konfrontiert sein, da die Regierungen beginnen Pläne für Klimaneutralität und einen Übergang zu sauberer Energie zu entwickeln. Es besteht die reale Gefahr des sogenannten „regulatory chill“, bei dem Regierungen davon abgehalten werden, angesichts massiver Schadenersatzforderungen Maßnahmen zu ergreifen (4).

2. Der ECT **setzt die öffentlichen Haushalte und das Geld der Steuerzahler\*innen einem unkalkulierbaren Risiko aus**. Private Schiedsgerichte können Staaten zwingen, Milliarden zur **Entschädigung von Anleger\*innen** auszus zahlen — einschließlich völlig hypothetischer entgangener "zukünftiger Gewinne", die nach nationalem oder EU-Recht nicht erstattungsfähig sind. Nach dem ECT wurden die Regierungen bereits gezwungen oder haben (im Rahmen von Vergleichen) zugestimmt, insgesamt mehr als 51,6 Milliarden US-Dollar Schadenersatz aus öffentlichen Mitteln zu zahlen (5).

3. Der ECT **könnte die Förderung erneuerbarer Energien gefährden**. Der ECT erlaubt es den Regulierungsbehörden nicht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu unterscheiden (6). Dies führt dazu, dass es für Regierungen finanziell riskanter ist, dringend notwendige Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien statt kohlenstoffintensiver Investitionen zu ergreifen. Darüber hinaus schützt der ECT weder Investitionen in die Energieeffizienz noch andere Maßnahmen zur Reduzierung der Energienachfrage (7).

4. Der ECT **kann den Umweltschutz untergraben**. Ein Beispiel hierfür ist der

1,4 Milliarden Euro schwere juristische ECT-Angriff des schwedischen Unternehmens **Vattenfall** aus dem Jahr 2009 auf Umweltstandards für ein Kohlekraftwerk in Deutschland. Laut Beamten\*innen zwang der geforderte Betrag die lokale Regierung dazu die Vorschriften abzuschwächen und den Fall mit einem Vergleich beizulegen, was die Umweltauswirkungen der Anlage auf den lokalen Fluss und dessen Tierwelt verschärfte (8). In der zweiten und laufenden ECT-Klage von Vattenfall gegen Deutschland fordert das Unternehmen 6,1 Milliarden Euro für den beschleunigten Atomausstieg des Landes nach der Fukushima-Katastrophe (9). Im November 2019 informierte das australische Unternehmen Aura Energy Schweden über einen ECT-Streit bezüglich der Entscheidung des Landes aus dem Jahr 2018, den Uranabbau aus Umwelt- und Gesundheitsgründen zu verbieten (10).

5. Der ECT **kann dazu genutzt werden Maßnahmen zu untergraben, die Energie leistbar machen und unter öffentliche Kontrolle bringen**. Mehrere osteuropäische Länder wurden im Rahmen des ECT verklagt, weil sie Schritte unternommen haben, die Gewinne großer Energieunternehmen zu beschränken und die Strompreise für die Verbraucher\*innen zu senken (11). Die Bestimmungen des ECT können auch gegen Initiativen verwendet werden, die darauf abzielen die Energieerzeugung und -dienstleistungen unter öffentliche und demokratische Kontrolle zu bringen (12).

6. Die **Schiedsgerichtsbarkeit** zwischen Investoren und Staaten nach dem ECT **steht im Widerspruch zur Rechtsstaatlichkeit und untergräbt die nationalen Rechtssysteme**. Im Gegensatz zum Grundsatz des gleichberechtigten Zugangs zur Justiz schafft die ECT ein paralleles Rechtssystem, das ausschließlich einigen der reichsten und mächtigsten Akteure der Gesellschaft — ausländischen Investoren — zur Verfügung steht. ECT-Schiedsverfahren sind höchst intransparent und mit Interessenkonflikten behaftet, da Schiedsrichter\*innen viel Geld mit derartigen Fällen verdienen und ein Interesse daran haben, den Boom der ECT-Streitigkeiten aufrechtzuerhalten (13). Der Europäische Gerichtshof hat durch sein Urteil zum Fall Achmea 2018 die Rechtmäßigkeit dieser parallelen privaten Gerichtsverfahren innerhalb der Europäischen Union infrage gestellt. Darüber hinaus bringen die Anleger\*in-

nenprivilegien des ECT nicht den behaupteten wirtschaftlichen Nutzen: Es gibt derzeit keine Belege dafür, dass das Abkommen dazu beiträgt Investitionen zur Verringerung der Energiearmut zu erleichtern, geschweige denn Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern (14). Der angestrebte Modernisierungsprozess wird diese Fehlkonstruktionen in seiner jetzigen Form wahrscheinlich nicht beheben. **Das Verhandlungsmandat der EU** sieht beispielsweise weder ein Ende des Investitionsschutzes für fossile Brennstoffe noch eine Beendigung von Investitionsschiedsverfahren oder anderer Arten der Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten im Rahmen des ECT vor (15). Änderungen des ECT, die den Vertrag mit dem Pariser Abkommen vereinbar machen, müssten von allen seinen Mitgliedern, von denen viele ihre Wirtschaft auf den Handel und die Erzeugung fossiler Brennstoffe stützen, einstimmig beschlossen werden. Einige Mitglieder haben bereits erklärt, dass sie keine Notwendigkeit sehen, die ECT überhaupt zu reformieren (16).

#### **Wir fordern Sie daher auf**

- als Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen zur Modernisierung des ECT die Aufhebung von Bestimmungen zum Schutz fossiler Brennstoffe einzufordern;
- die Streichung von ISDS (Investor-Staat-Streitbeilegung) aus dem ECT zu beantragen;
- den Rückzug aus oder die gemeinsame Kündigung des ECT zu fordern, wenn der Modernisierungsprozess nicht dazu geeignet ist, das Abkommen durch die Beseitigung des Streitbeilegungsverfahrens und des Schutzes fossiler Brennstoffe klima- und umweltverträglich zu gestalten;
- den Prozess der geografischen Ausdehnung des ECT auf immer neue Staaten zu stoppen und keinen Vertragsbeitritt zuzulassen, solange der ECT in seiner jetzigen Form bestehen bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

#### **278 Organisationen, darunter Attac Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien**

- 1) Rockhopper Italia S.p.A., Rockhopper Mediterranean Ltd, and Rockhopper Exploration Plc v. Italian Republic (ICSID Case No. ARB/17/14). Für mehr Informationen zu diesem Fall: Friends of the Earth Europe et al (2019) Dirty Oil Attacks on Action on Fossil Fuels: Rockhopper vs Italy, Juni; Video: Dirty Oil vs Beautiful Abruzzo, 25. Juni 2019.
- 2) Friends of the Earth Europe and others (2019) Blocking Climate Change Laws with

ISDS Threats: Vermilion vs France, June.  
 3) Edwin van der Schoot (2019) Claim om kolenverbod voor Staat, De Telegraaf, 5. September.  
 Kyla Tienhaara and Christian Downie, Risky Business (2018) The Energy Charter Treaty, Renewable Energy and Investor-State Disputes, Global Governance, 24(3), 451-471; Nathalie Bernasconi-Osterwalder and Martin Dietrich Brauch (2019) Redesigning the Energy Charter Treaty to Advance the Low-Carbon Transition, Transnational Dispute Management, February; Yamina Saheb (2019) The Energy Charter Treaty (ECT). Assessing its geopolitical, climate and financial impacts, September.  
 5) Siehe Annex 1 zum Report 'One Treaty to rule them all', sheet "amounts paid by states". Eine aktualisierte Version dieser Datei vom September 2019 ist auf Anfrage erhältlich.  
 6) In der Nichtdiskriminierungsklausel des ECT (Art. 10 Abs. 7) verpflichten sich die Staaten, Investitionen der ECT-Mitgliedstaaten nicht weniger günstig zu behandeln als solche, die Investoren des Aufnahmestaates oder eines Drittstaates gewährt werden. Obwohl bisher keine derartigen Klagen bekannt sind, könnte dies zu Ansprüchen im Rahmen des ECT gegen politische Maßnahmen führen, die bewusst zwischen Energieinvestitionen, die der Erreichung von Klimaschutzzielen dienen, und solchen, die deren Erreichung behindern, unterscheiden. Siehe; Nathalie Bernasconi-Osterwalder und Martin Dietrich Brauch (2019): Redesigning the Energy Charter Treaty to Advance the Low-Carbon Transition, Transnational Dispute Management, February, 22.  
 7) Sarah Keay-Bright (2019) "Outdated Energy Charter Treaty leaves new economy in-

vestments unprotected", Energy Post, 6 March; Yamina Saheb (2019) The Energy Charter Treaty (ECT). Assessing its geopolitical, climate and financial impacts, September.  
 8) Vattenfall AB, Vattenfall Europe AG, Vattenfall Europe Generation AG v. Federal Republic of Germany (ICSID Case No. ARB/09/6). For an analysis of the settlement see: Roda Verheyen (2012) Briefing Note: The Coal-fired Power Plant Hamburg-Moorburg, ICSID proceedings by Vattenfall under the Energy Charter Treaty and the result for environmental standards, 11 April.  
 9) Vattenfall AB and others v. Federal Republic of Germany (ICSID Case No. ARB/12/12).  
 10) World Nuclear News (2019) Aura seeks compensation for Swedish uranium ban, 11 November.  
 11) AES Summit Generation Limited and AES-Tisza Erömi Kft. v. Republic of Hungary (II) (ICSID Case No. ARB/07/22); Electra S.A. v. The Republic of Hungary (ICSID Case No. ARB/07/19); EVN AG v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/13/17); ENERGO-PRO a.s. v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/15/19); ČEZ, a.s. v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/16/24).  
 12) Das geschah in Albanien, nachdem es die Stromverteilungslizenz des tschechischen Energieriesen ČEZ widerrufen hatte, der 2013 eine ECT-Klage in Höhe von 190 Millionen € einreichte. Der Widerruf erfolgte, nachdem ČEZ den Strom für die Wasser- und Sanitärversorgung mehrerer albanischer Städte abgestellt, erhebliche Schulden gegenüber der Regierung angesammelt und andere vertragliche Verpflichtungen, wie z.B. die Reduzierung von Energieverlusten und Investitionen in das

Stromnetz, nicht erfüllt hatte. Die Albanerinnen und Albaner hatten sich auch über hohe Preise, schlechten Service oder gar dessen Fehlen sowie Stromausfälle beschwert. Darüber hinaus war ČEZ mit Betrugsermittlungen durch die Staatsanwaltschaft von Tirana konfrontiert worden, unter anderem wegen der Verhängung gefälschter Bußgelder an reale und fiktive Kunden, um die angeblichen Verluste auf dem Papier zu erhöhen und Preiserhöhungen von den albanischen Regulierungsbehörden genehmigen zu lassen. Albanien hat den Fall 2014 beigelegt und sich bereit erklärt, 100 Mio. € Schadenersatz zu leisten. Siehe dazu: ČEZ (Tschechien) v. Albanien.: ČEZ (Czech Republic) v. Albania.  
 13) Für mehr Hintergrundinformationen zu Interessenskonflikten und weitere rechtsstaatlichen Problematiken im Rahmen des ECT, siehe: Corporate Europe Observatory and Transnational Institute (2018) One Treaty to Rule them All. The ever-expanding Energy Charter Treaty and the power it gives to corporations to halt the energy transition, June, chapter 3.3 and page 72.  
 14) Kyla Tienhaara and Christian Downie, Risky Business (2018) The Energy Charter Treaty, Renewable Energy and Investor-State Disputes, Global Governance, 24(3), 451-471, 451.  
 15) Council of the European Union (2019) Negotiating Directives for the Modernisation of the Energy Charter Treaty, 2 July.  
 16) In its contribution to the modernisation process, Japan, for example, stated "that it is not necessary to amend the current ECT provisions". See: Energy Charter Secretariat (2019) Policy Options for Modernisation of the ECT, 6 October.

## Weitere Infos über die Energie-Charta

**Studie des Umweltinstituts München:** "Das vorliegende Dossier beschreibt knapp und verständlich den historischen Kontext sowie die Inhalte des Vertrags und stellt einige weitere Investitionsschutzklagen vor, die auf ihn zurückgehen. Eine Kündigung des Energiecharta-Vertrags ist möglich. Italien hat das Abkommen 2015 verlassen. Auch Deutschland kann aus dem Vertrag austreten – und damit eine Abkehr von einem Investitionsschutz einleiten, der einseitig zu Lasten von Umwelt und VerbraucherInnen ausfällt." S. auch <http://www.umweltinstitut.org/themen/energie-und-klima/energiecharta.html>

**Corporate Europe Observatory:** "Vor zwei Jahrzehnten trat ohne nennenswerte öffentliche Diskussion ein undurchsichtiges internationales Abkommen in Kraft: der Vertrag über die Energiecharta (Energy Charter Treaty, ECT). Dieses Abkommen wirkt wie der geheime, magische „Ring, sie alle zu knechten“ aus der Herr der Ringe Trilogie: Er verleiht Konzernen enorme Macht über unsere Energiewirtschaft, einschließlich der Möglichkeit, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen und dadurch die Energiewende von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu blockieren. Derzeit wird der Vertrag um neue Mitglieder erweitert und droht somit, noch mehr Länder auf konzernfreundliche Energiepolitiken zu verpflichten." (Juli 2018, [mehr](#))

S. auch: <https://www.energy-charter-dirty-secrets.org/>

### Der Vertrag deckt vier Hauptbereiche ab:

- der **Schutz von Auslandsinvestitionen**, nach dem Prinzip der Anwendung nationaler Behandlung oder von Meistbegünstigung (je nachdem, welches vorteilhafter ist) und der Schutz gegen die wichtigsten nicht-kommerziellen Risiken;
- nicht diskriminierende Bedingungen für den Handel mit Energiematerialien, -produkten und energiebezogener Ausrüstung auf der Grundlage von Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), sowie Regelungen zur Gewährleistung von verlässlichem grenzüberschreitendem Energietransit durch Pipelines, Netze und andere Arten des Transports, der Vertrag sieht jedoch keinen Zwang der Vertragsparteien vor, Dritten Zugang zur Infrastruktur zu gewähren;
- die Lösung von Streitfällen zwischen Teilnehmerstaaten und, im Fall von Investitionen, zwischen den Investoren und den Gastländern (**Investor-state dispute settlement**);
- die Förderung der Energieeffizienz, sowie Ansätze zur Minimierung der Umweltauswirkungen von Energieproduktion und -verbrauch.

Der Energiechartavertrag trat im April 1998 in Kraft. Derzeit haben 51 Länder, die Europäische Gemeinschaft und **EURATOM** den Vertrag unterzeichnet oder sind ihm beigetreten. (aus [Wikipedia](#))

## Die EZB muss endlich im Kampf gegen den Klimawandel aktiv werden

27.11.2019

Sehr geehrte Christine Lagarde, als neue Präsidentin der Europäischen Zentralbank stehen Sie in den kommenden Jahren vor vielen Herausforderungen. Die Wichtigste ist jedoch zu entscheiden, was die EZB unternommen wird, um den Klimawandel zu bekämpfen und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen.

Während Ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament haben Sie zu Recht dafür plädiert, dass die EZB den „Umweltschutz in den Mittelpunkt des Verständnisses ihres Auftrags“ stellt. Wissenschaftler, Vertreter der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, Unternehmer und Bürgerinnen und Bürger sind zutiefst besorgt über den Klimawandel. Wir glauben, dass die mächtigste Finanzinstitution in Europa angesichts einer wachsenden Umweltkrise nicht nur passiv bleiben kann. (...)

Wir brauchen eine massive Verlagerung der Finanzströme in Richtung einer kohlenstoffarmen und sozial gerechten Transformation. Das ist kaum möglich, ohne dass die Zentralbanken das Finanzsystem aktiv in diese Richtung treiben. Dies wird nicht nur unsere Wirtschaft nachhaltiger machen, sondern auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in weniger kohlenstoffintensiven Sektoren erleichtern.

Wir wissen, dass dieses Thema innerhalb

all jener Zentralbanken diskutiert wird, die Mitglieder des „Network for Greening the Financial System“ sind, einschließlich der EZB. Aber der Fortschritt ist viel zu langsam und wir verlieren Zeit. (...)

**Die EZB sollte sich unverzüglich dazu verpflichten, kohlenstoffintensive Vermögenswerte schrittweise aus ihren Portfolios zu streichen, angefangen mit dem sofortigen Verkauf von Vermögenswerten mit Bezug zu Kohle.**

Ohne auf die derzeit von der Europäischen Kommission entwickelte „grüne Taxonomie“ zu warten, sollten anhand von Kriterien, welche die Auswirkung auf das Klima abschätzen, alle Vermögenswerte überprüft werden, die derzeit für geldpolitische Operationen in Frage kommen. Wie die Krisenreaktion auf die letzte Finanzkrise gezeigt hat, mangelt es den Zentralbanken nicht an Vorstellungskraft, wenn die Situation dies erfordert. Unter Ihrer Führung könnte die EZB einen ähnlichen Einfallsreichtum bei der Bewältigung der vom Klimawandel ausgehenden Bedrohungen entwickeln; durch Neugestaltung des „Quantitative Easing“ oder von Refinanzierungsgeschäften, um sicherzustellen, dass sie Investitionen unterstützen, die zum Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen.

Sie werden unweigerlich auf den ideologischen Widerstand jener stoßen, die der

Meinung sind, dass Zentralbanken die Klimapolitik anderen überlassen und "marktneutral" bleiben sollten.

Es ist jedoch an der Zeit, dieses Prinzip zu überdenken. Wenn man mit Nicholas Stern übereinstimmt, dass "der Klimawandel eine Folge des größten Marktversagens aller Zeiten ist", und gleichzeitig davon ausgeht, dass die Geldpolitik lediglich den Markt widerspiegeln sollte, dann führt ein Marktversagen zwangsläufig auch zu einem regulatorischen Versagen.

Andererseits können Sie auch auf starke politische Unterstützung für entschlossenes Handeln bauen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein wichtiges politisches Ziel der EU und als solches Teil Ihres Mandats im Sinne von Artikel 127 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Dies wurde vom Europäischen Parlament mehrfach bestätigt.[2] Darüber hinaus ist die EZB als EU-Institution rechtlich an das Pariser Klimaabkommen gebunden. (...)

[1] Dietz, Simon, Bowen, Alex, Dixon, Charlie and Gradwell, Philip (2016) 'Climate value at risk' of global financial assets. Nature Climate Change, 6. pp. 676-679. ISSN 1758-678X

[2] European Parliament resolution on sustainable finance, April 2018

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0215\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0215_EN.html)

## Konferenz 'Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel'

Klimaschutz - Arbeitsplätze - anders Arbeiten und Leben

25. Januar 2020, 10-18 Uhr

Köln, Alte Feuerwache (Südtrakt), Melchiorstraße 3

**Konferenz mit Betroffenen, Aktivist\*innen, Gewerkschaftsmitgliedern und Expert\*innen**

**Veranstalter\*innen:**

**Gewerkschafter\*innen für Klimaschutz; Attac-AG Energie-Klima-Umwelt; Attac-AG ArbeitFairTeilen**

„Es geht nicht mehr darum, ob der ökologische Umbau in Gang gesetzt wird, sondern wie und mit welchem Tempo, aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen werden immer noch allzu oft als unvereinbar mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit betrachtet. Es besteht jetzt dringender Bedarf an einer gemeinsamen Debatte darüber, wie dieser Umbau beschleunigt und

auch gerechter und attraktiver gestaltet werden kann.“ (französisches Bündnis „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“)

Weltweit wird diese Debatte geführt, auch von Gewerkschaften (<http://unionsforenergydemocracy.org/>).

Wir als Veranstalter der Konferenz haben das Ziel, zumindest in zwei exponierten Wirtschaftsbereichen zu einer Klärung über die notwendigen Veränderungen und zu einer Vernetzung verschiedener Akteure beizutragen. Macht mit!

[Programm](#) und Dokumente.

Anmeldung: Mail an [klimakonferenz-koeln@attac.de](mailto:klimakonferenz-koeln@attac.de)



# Attac Österreich

## European Green-Washing Deal

### Mehr Wettbewerb und mehr Markt retten das Klima nicht

Mitte Dezember hat die EU-Kommission erste Details ihres groß angekündigten Green Deals veröffentlicht. Die Überschriften klingen auf den ersten Blick verheißungsvoll (1), doch dahinter steckt an vielen Stellen eine Ausweitung der Märkte. Schaut man genau hin ist der Green Deal vor allem ein grüner Wettbewerbs-Deal und dient damit vor allem den Konzernen und nicht dem Klimaschutz oder sozialer Gerechtigkeit. Für das globalisierungskritische Netzwerk Attac Österreich bleibt der Green Deal hinter seinen Möglichkeiten zurück.

#### Das billigste fürs Börserl ist nicht das Beste fürs Klima

Zentraler Bestandteil der EU Strategie sind marktbasierende Lösungen, kritisiert Attac. Durch marktbasierende Ansätze werden Emissionen ein Kostenfaktor und damit zum Nachteil für Unternehmen. Wie die Unternehmen dann allerdings sparen, ob sie ihre Emissionen tatsächlich verringern oder sich einfach mehr Verschmutzungsrechte kaufen, bleibt ihnen überlassen. Märkte sind angeblich hoch effizient. Stimmt aber nicht, denn im Falle der Klimakrise ist das billigste fürs Börserl nicht unbedingt das Beste fürs Klima. Wenn niemand Emissionen reduziert sondern alle nur fragwürdige „Ausgleichsprojekte“ bezahlen, ist unserer Welt nicht geholfen. Aber über den „neutralen Markt“ fließt das Geld immer zur billigsten Lösung. Das ist auch nicht unbedingt gerecht: Denn am meisten verschmutzen können die, die am meisten Geld haben. Und Kosten sparen müssen die Marktteilnehmer, die am wenigsten Alternativen haben und es sich am wenigsten leisten können (Bsp. Landbevölkerung, die auf ihr Auto angewiesen ist oder Industrien in ärmeren Ländern).

Im Green Deal Vorschlag sollen Märkte für Biodiversität und Emissionen ausgebaut und neu geschaffen werden. Das bekannteste Beispiel für einen solchen Markt ist der Handel mit Emissionszertifikaten. Er existiert seit 2005 und hat bisher zu keiner nennenswerten Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Euroraum geführt. (2) Trotzdem hält die Kommission an ihrem Markt-Dogma fest. Damit verschleiern sie im Grunde genommen nur die unterschiedlichen Interessen zwischen Konzernen, die ihre Profite nicht

geschmälert sehen wollen und uns allen, die auf diesem Planeten weiterleben wollen.

„Die Klimakrise kann letztlich nicht ohne Interessenskonflikte zwischen sozial ökologischem Umbau, sozial gerechter Verteilung und den Profitinteressen der Wirtschaft gelöst werden, wie uns die EU-Kommission weismachen will“, erklärt Julia Litofcenko von Attac Österreich (3).

Wie kann man gesellschaftliche Ziele wie den Klimaschutz dann erreichen? Zum Beispiel mit politischer Regulierung. Die Geschichte zeigt, dass Fortschritte im Umwelt- und Klimaschutz bisher nur errungen wurden, wenn durch Regulierungen und Verbote nachvollziehbare Grenzen gesetzt wurden. Das Ozonloch ist nicht durch einen Markt für FCKW kleiner geworden, sondern dadurch, dass die internationale Konferenz zum Schutz der Ozonschicht die Anwendung von FCKW verboten hat.

#### Freiwillige nachhaltige Finanzen?

Ein weiteres Beispiel für die Marktgläubigkeit der Kommission ist der "Aktionsplan für nachhaltige Finanzierungen", der Indikatoren für „nachhaltige Geldanlagen“ (Environment Social Governance, ESG) vorlegt. Diese Indikatoren sind jedoch nur freiwillig und werden durch das Lobbying von Automobil- und fossiler Energieindustrie verwässert. Auch hier gilt: Ein Markt für grüne Finanzprodukte ist keine Lösung, solange Kriterien freiwillig sind und umweltzerstörende Konzerne einfach mehr Profit versprechen. Bestes Beispiel ist der Börsengang des saudischen Ölkonzerns Aramcos, der über Nacht zum wertvollsten Unternehmen der Welt wurde. Solange ordnungspolitische Maßnahmen fehlen, um umweltschädliche Aktivitäten zu verbieten und bestrafen, wird sich an den Kapitalflüssen nichts ändern – denn gemäß der Marktlogik fließt das Kapital dahin, wo die höchsten Profite locken.

#### Handelsagenda widerspricht Klimaschutz

Laut Kommission soll nun auch die EU-Handelsagenda dazu beitragen, den ökologischen Umbau der EU zu unterstützen. Aktuelle Beispiele stehen dem Kli-

maschutz jedoch diametral entgegen. Das Mercosur-Abkommen etwa würde zu mehr Abholzung, industrieller Landwirtschaft und Warentransport führen. Es enthält zudem keinerlei Sanktionsmechanismen für umweltschädlichen Verhalten. Die Kommission verfolgt mit ihrer Handelsagenda traditionell vor allem ein Ziel: Die Wettbewerbsstellung der EU auszubauen. Zumindest bisher haben Klimaschutz und soziale Kriterien darin nur eine sehr marginale Rolle gespielt. Das wird sich auch mit diesem Vorschlag nicht ändern.

#### Vorsorgeprinzip gefährdet

Hochproblematisch ist für Attac auch die geplante „Förderung chemischer Innovation“ mit der „die Verbesserung der Vorschriften für die Bewertung von Stoffen, die in den Verkehr gebracht werden“ erreicht werden soll. „Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die die Aushöhlung des bisher in der EU geltenden Vorsorgeprinzips“, warnt Litofcenko. Das Vorsorgeprinzip soll durch das „Innovationsprinzip“ – wie es die Lobby-Verbände der Chemie-, Tabak- und fossilen Energie-Industrie bezeichnen - ersetzt werden. (4) Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird hier also versucht, das Vorsorgeprinzip durch die Hintertür auszuhebeln.

Die Aufhebung des Vorsorgeprinzips bedeutet nun eine Umkehrung der Beweislast: Nicht mehr die Industrie muss nachweisen, dass ein Produkt keinen Schaden anrichtet, sondern die Gesellschaft muss umgekehrt den Beweis antreten, dass Schäden entstehen. Die Durchführung von wissenschaftlichen Studien, die den Qualitätskriterien entsprechen um in solchen Verfahren zugelassen zu werden, ist aufwendig und kostenintensiv - Kosten, welche dann von der Gesellschaft, und nicht mehr den Unternehmen getragen werden müssten.

„Viele Punkte des Plans klingen verheißungsvoll, wie etwa der geregelte Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft mit regionalen Produktionsketten, Agrarökologie und das „Recht auf Reparatur“. Die tatsächliche Umsetzung wird jedoch daran scheitern, dass dieser Deal vor allem ein Wettbewerbs-Deal für die EU Konzerne ist. Wettbewerb und Markt retten das Klima nicht.“

## Lösungen

Die Klimakrise lässt sich nur wirksam bekämpfen, wenn gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse, die die Klimakrise verursacht haben, verändert werden. Die Lösungsansätze sind vielfältig:

**Aufbau eines ökologischen Energiesystems:** Anstatt weiterhin fossile Energieträger zu fördern, muss so schnell wie möglich auf ein – weitgehend vergesellschaftetes – Energiesystem mit erneuerbaren Energien gesetzt werden. Im Sinne der Energiedemokratie muss die Energieproduktion dezentral und mit Einbindung der lokalen Bevölkerung entwickelt und ausgebaut werden. Sozial gerecht gestaltete Ökosteuern auf Energie und Rohstoffe beschleunigen den Aufbau und unterstützen auch die – vor allem von den Industrieländern einzufordernde – Reduktion des Energieverbrauches.

**Solidarisches Agrar- und Lebensmittelsystem:** Das industrialisierte und exportorientierte Agrarsystem muss in Richtung kleinstrukturierter, agrarökologischer und sozial gerechter Landwirtschaft umgebaut werden. So stellt das Konzept der Ernährungssouveränität die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt und weist ihnen das Recht zu, die Art und Weise der Produktion, Verteilung und Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen.

**Sozial-ökologisches Wirtschafts- und Handelssystem:** Eine möglichst lokale Erzeugung, Verteilung und Konsumtion von Produkten eröffnet durch die unmittelbare Betroffenheit Übernahme von Verantwortung und unmittelbares Handeln hin zu höheren sozialen und ökologischen Standards. Ein – soweit notwendig – globaler Handel trägt zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen derart bei, dass jene Güter, die energiesparend, umweltverträglich und unter Einhaltung der Menschenrechte produziert wurden, bevorzugt werden.

**Globale Solidarität:** Um ihre Klimaschuld zu begleichen, sind die früh industrialisierten Länder und transnationalen Konzerne verpflichtet, Entschädigungszahlungen für Schäden und Verluste an stärker von der Klimakrise betroffene Regionen zu leisten.

(1) Europa solle zu einem klimaneutralen Kontinent werden, saubere Energie, nachhaltige Industrie, ein umweltfreundlicher Bausektor, nachhaltige Mobilität, Biodiversität, „vom Hof auf den Tisch“ und Beseitigung der Umweltverschmutzung werden genannt. Auch ein Mechanismus für einen sozial gerechten Übergang der Beschäftigten ist vorgesehen.

(2) Die Preise pro Tonne CO<sub>2</sub> waren bisher deutlich zu niedrig. Auf eine Erhöhung wurde nach der Krise 2008 bewusst verzichtet um die emissionsstarken Branchen nicht zu

schwächen. Das System führt zudem dazu, dass Konzerne, statt ihre Emissionen zu senken, anderswo auf der Welt Wald kaufen oder Investitionen in Entwicklungsländern fördern, die potentiell CO<sub>2</sub> einsparen. So kann sich sogar die dreckigste Fluglinie damit werben CO<sub>2</sub>-neutral zu fliegen und damit ihrer Fluggäste von schlechtem Gewissen freikaufen. Viele der „kompensierenden Maßnahmen“ haben nachweislich keine Wirkung, weshalb in Summe sogar mehr statt weniger Emissionen entstehen.

(3) Die EU-Kommission geht von „absoluter Entkoppelung“ aus, d.h. geht davon aus dass der Ressourcenverbrauch sinken kann, obwohl die Wirtschaft wächst. Bisher ist es allerdings keinen Staat der Erde gelungen, so etwas auch nur annähernd zu erreichen (siehe Wiedmann, T. O., Schandl, H., Lenzen, M., Moran, D., Suh, S., West, J., and Kanemoto, K. (2015). The material footprint of nations. Proceedings of the National Academy of Sciences, 112(20)). In jenen Ländern, welche steigendes Wachstum und sinkende Emissionen verzeichnen, wird nur die Produktion des Landes, nicht aber die in andere Länder ausgelagerte Produktion für den Konsum des Landes berücksichtigt (vgl. Schweden).

(4) Siehe: [Corporate Europe Observatory](#)  
Gemäß dem Vorsorgeprinzip können keine neuen Produkte zugelassen werden, sofern ein begründeter Verdacht auf mögliche Schäden für die „Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen“ besteht.

<https://www.attac.at/news/details/european-green-washing-deal>

## Green Deal der EU

Zum Green Deal der EU wie zum Klimapakett in Deutschland sind manche kritische Kommentare veröffentlicht worden. Wir verweisen hier nur auf einige Quellen, die einige Denkanstöße geben könnten.

### Die offiziellen Dokumente:

[ec.europa.eu](http://ec.europa.eu) und [eur-lex.europa.eu](http://eur-lex.europa.eu)

#### German Foreign Policy:

#### Eine neue Wachstumsstrategie - Der "European Green Deal"

Gegen Widerstände aus mehreren osteuropäischen Staaten und von Teilen der deutschen Industrie treibt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Pläne für einen "European Green Deal" voran. Während von der Leyen erklärt, es gehe dabei um den Klimaschutz, handelt es sich tatsächlich um eine neue Wachstumsstrategie. Diese soll, wie Experten konstatieren, einerseits mit Hilfe umfangreicher Investitionen die stagnierende Wirtschaft ankurbeln, andererseits der deutsch-europäischen Industrie zu einer führenden Position auf dem Feld modernster klimaschonender Technologien verhelfen. Erfahrungen aus der Branche der erneuerbaren

Energien zeigen, dass eine globale Spitzenstellung dabei nur mit Hilfe umfangreicher Investitionen zu erlangen ist. Weil diese in Deutschland und der EU zuletzt ausblieben, haben die einst hoffnungsvollen deutschen Solarunternehmen ihre ehemalige globale Führungsposition an die Konkurrenz aus China verloren. Das Streben nach einer Spitzenstellung bei den klimaschonenden Zukunftstechnologien geht mit dem politisch-militärischen Weltmachtstreben Berlins einher. [Weiterlesen](#)

#### Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND:

„Anstatt Klimaneutralität in weiter Ferne brauchen wir Klimaschutz jetzt. Es ist gefährlich, wenn uns die Politik glauben macht, wir hätten für den notwendigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas noch 30 Jahre Zeit.“

**Atomkraft ist keine Option für Klimaschutz!** [Ausgestrahlt](#)

#### „Die Verstromung von Braunkohle wird tatsächlich bis 2038 zementiert.“

Die letzten Kraftwerke bleiben also noch fast 20 Jahre in Betrieb. Braunkohlestrom ist in der Erzeugung einfach zu billig, weshalb er bevorzugt ins Netz eingespeist wird. [Spektrum](#)

#### Tadzio Müller, ND

**Für echten Klimaschutz muss die globale Gesamtwirtschaft schrumpfen.** In der Klimakrise ist Kapitalismuskritik auch und notwendigerweise Wachstumskritik. Der »Green (New) Deal« als Wachstumsprogramm könnte möglicherweise eine ganze Reihe wichtiger Politiziele erreichen. Glauben Sie nur nicht, dass er auch das Klima schützen wird.

Alle gut gemeinten Initiativen eines "Green Deal" werden ins Leere laufen, wenn sie in ein von Konsum und Wachstum besessenes Wirtschaftsmodell eingebettet bleiben. [Klimareporter](#)

## Viele Kritiken am Klimapaket Deutschland

Infos zum Klimapaket-Kompromiss vom 19.12.2019 in der [Zeit](#)

### Der paritätische Gesamtverband:

„Mit ihren am 20. September 2019 vorgelegten Eckpunkten zum Klimaschutzprogramm 2030 ("Klimapaket") und den seitdem erfolgten Konkretisierungen hat die Bundesregierung einen Plan vorgelegt, der das Ziel einer dringend notwendigen ökologischen Wende verfehlt. Gleichzeitig ist die Ausgestaltung von Entlastungs- und Förderprogrammen sozial unausgewogen. Chancen für einen grundlegenden sozial-ökologischen Wandel werden nicht ergriffen.“

### Stellungnahme

Claudia Kemfert, [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung](#): Der homöopathische CO<sub>2</sub>-Preis ist ein Witz! / Die Emissionsminderungsziele bis 2030 sind mit den beschlossenen Maßnahmen nicht zu

erreichen. / Statt umweltschädliche Subventionen abzubauen, werden diese sogar noch erhöht. / Der Kohle-ausstieg muss rasch angegangen werden, die Windenergie-Abstandsregelungen müssen abgeschafft oder zumindest flexibler gestaltet werden, die klimaschädlichen Subventionen runtergefahren werden. Außerdem bedarf es vieler Anstrengungen im Verkehrsbereich. Gelingt dies alles, könnten die Klima-ziele bis 2030 tatsächlich noch erreicht werden. Aber dafür wird die Fridays-for-Future-Bewegung weiter kämpfen müssen.“

**BUND**: Das Klimapaket der Bundesregierung enthält eine Sammlung mutloser Maßnahmen, die auch noch sehr teuer werden. Was fehlt, sind echte konkrete und verbindliche Klimaschutzmaßnahmen.

[BUND-Konzept](#) zur Einhaltung der Kli-

maziele im Verkehr 2030 – Nur eine grundlegende Verkehrswende schafft 42 Prozent CO<sub>2</sub>-Minderung

**Wuppertal-Institut**: Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 sendet Deutschland nicht nur schwache Signale für den globalen Klimaschutz, sondern schwächt auch den Industrie- und Technologiestandort Deutschland

**Potsdam-Institut** für Klimafolgenforschung (PIK) : Die Politik muss vor allem an vier Punkten nachsteuern: Sie muss erstens das Ambitionsniveau beim CO<sub>2</sub>-Preis erhöhen, zweitens den sozialen Ausgleich verbessern, drittens die Überführung auf EU-Ebene weiter ausgestalten und viertens einen effektiven Monitoringprozess einführen. Das ist die Kernbotschaft einer ausführlichen Bewertung des Klimapakets.

## Victor Chaix (Reporterre)

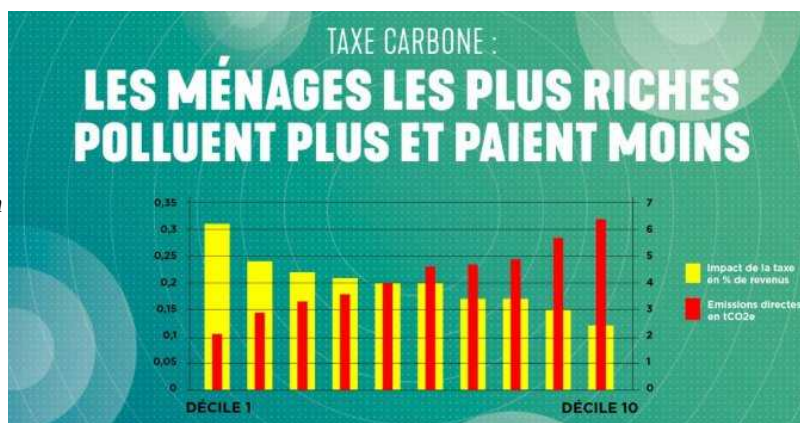
# Eine „gerechte“ CO<sub>2</sub>-Steuer, um Ökologie und Steuergerechtigkeit in Einklang zu bringen

Zum Schaubild:

Die wohlhabendsten Haushalte tragen stärker zur Umweltverschmutzung bei und zahlen weniger.

**Gelbe Säulen:** Impact der CO<sub>2</sub>-Steuer prozentual zum Einkommen

**Rote Säulen:** direkte CO<sub>2</sub>-Emissionen



Am 13. November 2019 präsentierten Verbände einen Plan für einen „CO<sub>2</sub>-Pakt“, der ihrer Meinung nach den Kampf gegen die Treibhausgasemissionen ermöglicht, ohne die Ärmsten zu benachteiligen.

Zum Geburtstag der durch die Anfechtung der CO<sub>2</sub>-Steuer angestoßenen Bewegung der Gelbwesten schlagen das **Réseau Action Climat (Netzwerk Klimaaktion)**, **Oxfam Frankreich** und die **Secours Catholique (Katholische Hilfe)** eine Veränderung der Regeln dieser umstrittenen Steuer durch

Umgestaltung in eine „gerechte CO<sub>2</sub>-Steuer“ vor, die auf die präkärsten Haushalte eingehen würde. [Priscillia Ludosky](#), eines der Gesichter der Gelbwestenbewegung und Initiatorin der Ende Mai 2018 aufgelegten [Petition](#) „für eine Senkung der Tankstellenpreise“ (die inzwischen über eine Million Menschen unterzeichnet haben), stand am Mittwoch, dem 13. November 2019, an der Seite der NGOs bei der Vorstellung dessen, was sie einen neuen „CO<sub>2</sub>-Pakt“ nennt, der die „Vorteile“ dieser im letzten Jahr eingefrorenen

Steuer „wiederherstellt“. „Das Einfrieren der Anhebung der CO<sub>2</sub>-Steuer seitens der Regierung hat weder zu mehr Steuergerechtigkeit noch zu einem Umverteilungskonzept geführt, das aus der CO<sub>2</sub>-Steuer ein gerechteres Instrument im Dienst der Armen machen würde“, heißt es in dem [Bericht](#), den das Réseau Action Climat aus diesem Anlass herausgegeben hat. Die Ärmsten wenden einen 2,6-mal größeren Anteil ihres Budgets für die CO<sub>2</sub>-Steuer auf als die reichsten 10%. Hinzu kommen andere Unge-

rechtigkeiten wie die Tatsache, dass es für die wohlhabendsten Haushalte viel leichter ist, sich auf weniger energieintensive Fortbewegungsmittel oder Heizsysteme umzustellen, wohingegen die 10% der Haushalte mit den höchsten Einkommen dreimal mehr Treibhausgas freisetzen als die ärmsten 10%. „Das Prinzip des zahlenden Verschmutzers wird somit nicht respektiert“, so Quentin Parrinello, Verantwortlicher in Sachen Steuergerechtigkeit und Ungleichheiten bei Oxfam Frankreich.

Doch das Instrument der CO<sub>2</sub>-Steuer sollte laut NGOs nicht aufgegeben werden. Nach den Berechnungen des Réseau Action Climat würde ein Preis von 250 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> (gegen 44,60 Euro heute) in Frankreich eine Senkung der Emissionen um 18% (bezogen auf 2019) ermöglichen. „Keine andere Maßnahme ermöglicht eine so bedeutende Wirkung“, versichert der Bericht. Damit jedoch diese Steuererhöhung in den Augen der Bevölkerung akzeptabel gemacht werden kann, „muss sie mit anderen Instrumenten verbunden werden, um den Haushalten die technische und finanzielle Möglichkeit zu bieten, eine Renovierung ihrer Unterkunft vorzunehmen, einen Fahrzeugwechsel etc. und so ihren Energieverbrauch zu senken“.

### **Die CO<sub>2</sub>-Steuer „berührt zwei Krisen, die Klimakrise und die Krise der Ungleichheiten“**

Die NGOs schlagen deshalb vor, an die prekärsten Haushalte einen Teil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer in Form eines „Klimaeinkommens“ auszuschütten, und zwar mittels eines Steuernachlasses oder eines Schecks für nichtsteuerpflichtige Haushalte, ohne Verwendungsaufgaben. In laufender Fortschreibung „würde der Umverteilungsbetrag an jede Anhebung der Steuer auf Verschmutzungen angepasst“. Das einzige Beispiel für die Anwendung einer solchen Bestimmung ist British Columbia (Kanada): Dort werden alle Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer (40 Dollar pro Tonne im Jahr 2019, 50 Dollar im Jahr 2021) auf die Unternehmen umverteilt. Die Steuer hat eine Reduzierung der Emissionen um 5 bis 8,5% im Verhältnis zu einem Szenario ohne Steuer ermöglicht und hatte zudem „einen neutralen Effekt auf die Haushalte“.

Für **Quentin Parrinello von Oxfam** Frankreich berührt die CO<sub>2</sub>-Steuer „zwei Krisen, die Klimakrise und die Krise der Ungleichheiten“. Daher „sollte diese Steuer, die viel Widerstand hervorgerufen hat, in einen größeren Rahmen aus Steuer- und Klimagerechtigkeit eingebettet werden“ und wäre „das Resultat einer Reihe von politischen Entscheidungen“, ein politischer Ausgleich zweier Gerechtigkeiten. Nach Ansicht von Daphné Chamard-Teirlinck von der Secours Catholique stellt die Regierung „Steuergerechtigkeit und Ökologie gegeneinander“, wohingegen „der ökologische Übergang nicht auf Kosten der Ärmsten bewerkstelligt werden darf, im Gegenteil muss er für sie eine gute Nachricht sein“. Sie meint demzufolge, der durch die CO<sub>2</sub>-Steuer hervorgerufene Unmut der Gelbwesten „lehrt uns, dass wir ökologische und soziale Gesichtspunkte miteinander in Einklang bringen müssen“.

### **Die Debatte des Bürgerkonvents für das Klima bereichern**

Aus diesem Grund haben die Organisationen einen **Rechner für eine „gerechte CO<sub>2</sub>-Steuer“** gestartet, mit dem man den aktuellen Betrag der CO<sub>2</sub>-Steuer für einen Haushalt und die Summe berechnen kann, die er zurückerhalten würde – entsprechend dem Heizungsverbrauch und der Autonutzung (nur zwei Kriterien) –, sofern denn eine Umverteilung der Steuereinnahmen vorgesehen wäre.

Die Idee eines „Klimaeinkommens“ hat zugleich zum Ziel, die Diskussion vom Arbeitswochenende des **Bürgerkonvents** für das Klima voranzutreiben. Er soll bis Anfang 2020 eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten, die bis 2030 und im Geist sozialer Gerechtigkeit eine Absenkung der französischen Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (bezogen auf 1990) ermöglichen.

**Priscillia Ludosky** bestätigt, „dieses Instrument ausprobiert“ zu haben, das „nicht gerade wenig Dinge umfasst, darunter auch die soziale Dimension“. Sie hofft daher, dass die für den Bürgerkonvent ausgelosten Personen „dieses Wochenende daran arbeiten“. Aufmerksam verfolgt sie den Bürgerkonvent für das Klima im Internet oder vor

Ort und stellt fest, dass die ausgelosten Bürger „anfangen, die Redner herauszufordern, ihre Meinung zu äußern und zu sagen, dass das alles nicht normal ist“. Die Entwicklung der Debatten findet sie „sehr interessant“.

**Der Rechner für eine „gerechte CO<sub>2</sub>-Steuer“ ermöglicht laut seinen Initiatoren die Berechnung des aktuellen Betrags der CO<sub>2</sub>-Steuer für einen Haushalt und des Betrags, den er zurückerstattet bekommen könnte.**

Priscillia Ludosky hat den Redebeiträgen im Konvent entnommen, dass „die Leute den Eindruck haben, man lege ihnen die Aufrechterhaltung dieser Steuer nahe“. „Aber ich habe den Eindruck, dass sie über Maßnahmen reden, die zur Förderung der Gleichheit noch gar nicht ergriffen wurden.“

Quentin Parrinello zufolge könnte der Kalkulator diese Ungerechtigkeit ausgleichen, indem man die Zweckbestimmung der Steuereinnahmen ändert, die heute in Frankreich 8 Milliarden Euro pro Jahr ausmachen. Man kann sich des Kalkulators bedienen, um die Parameter zu ändern und „den Anteil, der in die Umverteilung fließt, und den für den ökologischen Übergang“ variieren zu lassen“.

Eine geänderte, sozial ausgerichtete Steuer stünde der von Priscillia Ludosky im letzten Jahr aufgelegten Petition nicht entgegen: Es sei „nicht gefordert worden, sie abzuschaffen“, sagte sie Reporterin, aber man wolle wissen, „wohin das Geld fließt“, und fordere „sie nicht zu erhöhen, solange die anderen Profite nicht besteuert worden seien“, damit die Steuer nicht „an die zurückerstattet wird, die die Umwelt am meisten verschmutzen“.

Priscillia Ludosky sagt, sie sei der Bewegung der Gelbwesten „durch die ökologische Pforte“ beigetreten. Die Mehrheit der Bewegung sei „bereits für die Ökologie sensibilisiert, auch wenn die Leute nicht unbedingt durch diese Tür gekommen sind“.

Für sie ist das die Erklärung, warum es „nicht schwierig war, gemeinsame Aktionen mit den Umweltschützern durchzuführen“.

<https://reporterre.net/Une-taxe-carbone-juste-pour-concilier-justice-fiscale-et-ecologie> Übersetzung ins Deutsche: Hans-Jürgen Kleine, Köln, 4. Dezember 2019, SiG-Redaktion

# Klimaschutz erfordert neue Wirtschaftspolitik

Die Weichen für eine sozial-ökologische Wirtschaft müssen jetzt gestellt werden

„Die Klimaerhitzung erfordert in den nächsten fünf Jahren eine grundlegende Änderung der Art und Weise wie wir produzieren und konsumieren. Die künftige Regierung muss daher so rasch wie möglich die Weichen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft stellen. Das betrifft unsere Energie-, Verkehrs- und Verteilungssysteme, unsere Landwirtschaft und die Produktion“, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich.

### Öffentliche Investitionen für mehr Klimaschutz – Liberalisierungsagenda stoppen

Eine sozial-ökologische Wirtschaft benötigt zum einen große öffentliche Zukunftsinvestitionen in erneuerbare Energien, thermische Sanierung sowie in öffentlichen Verkehr, Betreuung und Daseinsvorsorge. Zum anderen braucht es Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass diese Bereiche öffentlich, im Interesse des Gemeinwohls und ohne Profitdruck erbracht werden können. Liberalisierungen im EU-Binnenmarkt in sozial-ökologisch relevanten Infrastrukturen (Bahn, öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung, Wohnen), die primär der Maximierung von Konzerngewinnen dienen, müssen daher rückgängig gemacht werden. Die Regierung muss sich dafür auf EU Ebene einsetzen.

### Steuergerechtigkeit für sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft

Auch eine generelle Senkung der Abgabenquote und eine Schuldenbremse gefährden die dringend notwendigen Investitionen.

- Um den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu finanzieren, müssen große Vermögen und Erbschaften ab einer Million sowie Kapital- und Unternehmensgewinne progressiv besteuert werden. Die Regierung muss das ruinöse Dumping bei den Konzernsteuern beenden anstatt es durch eine generelle Senkung der Unternehmenssteuer zu verschärfen.
- Höhere Steuern auf Energie und Rohstoffe - gekoppelt mit einem Ökobonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen - helfen den Energieverbrauch zu reduzieren. Subventionen im fossilen Bereich müssen gestoppt werden.

### Neustart für sozial-ökologische Handelspolitik - Klimakiller EU-Mercosur stoppen

Das gegenwärtige globale Handelsregime ist für rund ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Viele geplante EU-Handelsabkommen wie der EU-Mercosur-Pakt würden dieses Problem verschärfen.

- Die Regierung muss das vom Parlament beschlossene Nein zum EU-Mercosur-Abkommen im EU-Rat bedingungslos umsetzen. Handelsabkommen mit ähnlichen Inhalten darf kein Verhandlungsmandat erteilt werden.
- Die Regierung muss sich für ein Aussetzen aller laufenden Handelsgespräche einsetzen. Dazu zählt auch TTIP 2.0 mit den aus dem Klimaabkommen ausgestiegenen USA. (1)
- Die Regierung muss sich für neue EU-Leitlinien einsetzen, in denen die Handelspolitik effektiven Klimaschutz sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards garantiert und den Welthandel auf ein ökologisch tragfähiges Maß reduziert.

### Klimakiller Sonderklagerechte abschaffen

Aktuelle Fälle zeigen, dass Sonderklagerechte für Konzerne auch neue Gesetze für mehr Klimaschutz gefährden. So haben beispielsweise in den Niederlanden die Energiekonzerne UNIPER, RWE und Vattenfall angekündigt, gegen den von der Regierung beschlossenen Kohleausstieg zu klagen. (2)

- Die Regierung muss daher den Energiecharta-Vertrag kündigen, auf dessen Basis Konzerne gegen Klimaschutzmaßnahmen klagen können. (3)
- Sie muss alle Investitionsabkommen beenden, die Sonderklagerechte für Konzerne enthalten und sich auf EU-Ebene für ein Aus dieser Paralleljustiz in jeder Form (ISDS, ICS, MIC) einsetzen.

### Agro-ökologisches Lebensmittelsystem ausbauen

Das globale Lebensmittelsystem ist in Summe für rund 44 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. (4) „Statt mehr Agroindustrie brauchen wir daher ein ökologisches Lebensmittelsystem mit kurzen Transportwegen, leistbaren Lebensmitteln und fairen Arbeits-

bedingungen“, erklärt Strickner.

- Agrarförderungen in Österreich dürfen nur mehr für sozial-gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelsysteme vergeben werden. Dazu zählen Projekte, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördern wie solidarische Landwirtschaft oder regionale Lebensmittelvertriebssysteme.
- Die Regierung muss sich auch auf EU-Ebene für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik einsetzen, die den Umbau der Lebensmittelsysteme in der EU in diese Richtung sicherstellt.

### Abschaffung des Emissionshandels

- Die Regierung muss sich auch für eine Abschaffung des EU-Emissionshandels einsetzen. Die Erfahrungen seit 2005 zeigen, dass das System zu keiner Reduktion der Emissionen führt - im Gegenteil: Der Emissionshandel untergräbt Maßnahmen gegen die strukturellen Ursachen der Klimaerhitzung. Es subventioniert nachweislich die größten Umweltverschmutzer und kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden. (5)

„Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle - heute und in Zukunft lebenden - Menschen. Wie bisher messen wir auch jede kommende Regierung daran, wie sehr ihre konkrete Politik dazu beiträgt dieses Ziel zu verwirklichen“, erklärt Strickner.

---

(1) Siehe [attac.at](http://attac.at) über TTIP2

(2) Der deutsche Energiekonzern Uniper [bekämpft den Plan](#) der niederländischen Regierung bis 2030 aus Kohlestrom auszusteigen. Uniper müsste ein Kohlekraftwerk schließen und sieht sich dadurch enteignet. Der britische Öl- und Gaskonzern Rockhopper verklagte 2017 Italien, weil das italienische Parlament alle Offshore-Bohrungen nach Öl und Gas in der Adria stoppte. Grund waren großer Widerstand in der Bevölkerung, Umweltschutzbedenken und das hohe Erdbebenrisiko. Rockhopper fordert 40 bis 50 Mio. US-Dollar Entschädigung für getätigte Investitionen sowie 200 bis 300 Mio. US-Dollar Entschädigung für „entgangene zukünftige Gewinne“. Der Fall ist noch nicht entschieden.

(3) Weitere Infos: [CEO /TNI](#): Ein Vertrag, sie alle zu knechten. Der sich stetig ausdehnende Energiecharta-Vertrag gibt Konzernen die Macht, die Energiewende zu blockieren.

(4) Siehe: [Grain.org](http://Grain.org)

(5) Siehe: Corporate Europe: [EU emissions trading](#): 5 reasons to scrap the ETS

## Friday for future: Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise

Wir rufen die Europäische Kommission auf, die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise anzupassen, um eine maximale Erwärmung von 1,5 °C nicht zu überschreiten. Dazu bedarf es ambitionierterer Ziele und erhöhter finanzieller Ressourcen für den Klimaschutz.

Wichtigste Ziele:

- Die EU soll ihre national festgelegten Beiträge (NDC\*) im Rahmen des Übereinkommens von Paris bezüglich einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 2030 und der Erreichung der Netto-Null bis 2035 verschärfen und die europäischen Klimaregelungen dementsprechend anpassen.
- Ein EU-Grenzausgleichssystem für CO<sub>2</sub> soll eingeführt

werden.

•Es sollen keine Freihandelsverträge mit Staaten abgeschlossen werden, die sich nach Bewertung durch den Climate Action Tracker nicht an die Vorgabe von 1,5 °C halten.

•Die EU soll kostenloses Unterrichtsmaterial über die Auswirkungen des Klimawandels für alle Mitgliedsstaaten zur Verfügung stellen.

\* Weiterführende Informationen zu NDC findest Du auf dieser [Seite der UNO](#)

<https://eci.fridaysforfuture.org/de/sign-the-european-citizens-initiative/>

## Sandra Kirchner, Klimareporter Oberstes Gericht in den Niederlanden verpflichtet Regierung zum Klimaschutz

Das oberste Gericht der Niederlande, der [Hohe Rat](#), hat am 20. Dezember 2019 entschieden, dass die Regierung des Landes zügig Maßnahmen gegen die sich verschärfende Erderhitzung ergreifen muss, um die Grundrechte der Bevölkerung zu wahren.

In seinem wegweisenden [Urteil verpflichtet](#) das Gericht die Regierung dazu, die Treibhausgasemissionen bis Ende 2020 um mindestens 25 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Gegen das Urteil ist keine Berufung mehr möglich. Die Regierung versprach, sich daran halten zu wollen.

Die Richterinnen und Richter wiesen damit [den Einspruch](#) der Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte gegen frühere Urteile abschließend zurück und bestätigten die Beschlüsse der Vorinstanzen.

Dass die niederländische Regierung ihre Verantwortung für den Beitrag des Landes zur Klimakrise nicht übernehme, sei ein Bruch ihrer Verpflichtungen aus der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#), erklärte das Gericht.

*"Auf Grundlage der Menschenrechtskonvention konnte das Gericht entscheiden, dass der Staat verpflichtet ist, diese Reduzierung um 25 Prozent zu erreichen", sagte der Vorsitzende Richter Kees Streefkerk. "Diese Pflicht besteht wegen des Risikos eines gefährlichen Klimawandels, der die Einwohner der Niederlande in ihrem Recht auf Leben und Wohlbefinden ernsthaft beeinträchtigen kann."*

Es ist der erste Richterspruch, der aufgrund von Menschenrechtsgesetzen eine Regierung dazu zwingt, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Geklagt hatte die niederländische [Umwelt-Stiftung Urgenda](#), die sich den Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat.

Die Stiftung vertrat vor Gericht nicht nur sich selbst, sondern auch fast 900 Bürgerinnen und Bürger. Die Kläger beriefen sich unter anderem auf die internationalen [Menschenrechte](#) und auf die niederländische Verfassung, die den Staat verpflichtet, die Bevölkerung zu schützen und das Land bewohnbar zu halten.

### "Weltweit wichtigstes Urteil zum Klimawandel"

Schon vor vier Jahren hatte das Bezirksgericht Den Haag die niederländische Regierung dazu verurteilt, den Klimaschutz nicht weiter auf die lange Bank zu schieben. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Landes, [so das Urteil](#), müsse schneller als geplant sinken. Die Regierung legte Berufung ein – und scheiterte 2018 erneut. Das Zivilgericht in Den Haag [bestätigte](#) das Urteil in zweiter Instanz und gab damit der [Klage von Urgenda](#) statt.

Das letztinstanzliche Urteil vom Freitag fand nun weltweit ein großes Echo. *"Das ist das bisher wichtigste Gerichtsurteil zum Klimawandel in der Welt"*, sagte [David Boyd](#), UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt.

Das Urteil bestätigte, dass die Menschen-

rechte durch die Klimakatastrophe gefährdet seien und die reichen Nationen die Pflicht zu schnellen und deutlichen Emissionsminderungen hätten, so Boyd. *"Das ist ein großer Sieg für Milliarden Menschen, die durch die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise bedroht sind, und ein Sargnagel zur rechten Zeit für die fossile Industrie"*.

Die niederländische Regierung muss sich nun sehr anstrengen, wenn sie – wie sie beteuert – das Klimaziel noch erreichen will. Bis zum vergangenen Jahr erreichte die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nur 15 Prozent, wie die niederländische Umweltbehörde PBL errechnete. Das offizielle Reduktionsziel liegt bei 30 Prozent. Das Ziel hatte sich die niederländische Regierung [selbst gesetzt](#) – und es dann mit der Umsetzung nicht so genau genommen. Im Sommer dieses Jahres legte die Regierung einen Plan vor, der eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 49 Prozent bis 2030 und den Ausstieg aus der Kohleverstromung binnen zehn Jahren vorsieht. Zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen kündigte das Kabinett im November an.

Die Umweltbehörde PBL schätzt, dass die CO<sub>2</sub>-Reduktion Ende 2020 zwischen 20 und 21 Prozent liegen könnte. Das wäre also immer noch viel zu wenig. [Es ist möglich](#), dass nun auch die erst wenige Jahre alten Kohlekraftwerke der deutschen Konzerne RWE und Uniper in Eemshaven und Maasvlakte [stillgelegt](#) werden.

<https://www.klimareporter.de/europaische-union/oberstes-gericht-verpflichtet-regierung-zum-klimaschutz>

# Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Klimawandel stoppen!

Am 20. September tagte das Klimakabinett in Berlin, in New York wurde der UN-Klimagipfel vorbereitet. Zu diesem Anlass riefen zahlreiche Bäuer\*innen, Waldbäuer\*innen, Imker\*innen, Winzer\*innen, Gärtner\*innen und Schäfer\*innen gemeinsam mit #FridaysForFuture und #AllefürsKlima zur Beteiligung am „[Aktionstag für das Klima](#)“ auf.

17. September 2019

## Bäuerinnen und Bauern fordern: Machen Sie ernst, Frau Merkel, stoppen Sie den Klimawandel jetzt!

Auch wenn viele Bäuerinnen und Bauern nicht streiken werden können, weil das Wohl ihrer Tiere ihnen am Herzen liegt, die Ernte eingebracht oder die Saat für das nächste Jahr gelegt werden muss - stehen sie hinter den Forderungen für mehr Klimaschutz, für eine enkeltaugliche Zukunft und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

In der Generaldebatte im Bundestag vom 11. September unterstrich Kanzlerin Merkel, der Klimawandel sei eine Menschheitsherausforderung, ihn zu stoppen werde Geld kosten, und Nichtstun sei keine Alternative. „So sehen wir das auch, Frau Merkel, die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe ist in Gefahr und damit auch die Zukunft unserer Ernährung!“

Bereits heute sind dramatische Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft sichtbar:

- Ernteausfälle haben in den letzten beiden Jahren zahlreichen Betrieben zuge-setzt, die Einbußen waren dramatisch und vielerorts mangelte es an Tierfutter, so dass Tiere vorzeitig geschlachtet werden mussten
- Nicht nur Trockenheit, auch extrem starke Niederschläge und Hochwasser nehmen zu – und führen zu Ernteausfällen
- Auf dem [Holzmarkt fallen die Preise](#), weil durch die Dürrejahre 2018 und 2019 viele Bäume vertrockneten bzw. geschwächt wurden und dadurch dem Borkenkäfer zum Opfer fielen und not-geerntet werden mussten
- Neue Schädlinge, wie die Kirsch-fruchtflye, verbreiten sich rapide durch geänderte Klimabedingungen, was zu Totalausfällen der Ernte führen kann.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: „**Stoppen Sie den Klimawandel jetzt! Wir bieten Ihnen unsere Mitarbeit an.**“

### Unsere Forderungen lauten:

- Verabschiedung eines zukunftsgerichteteten **Klimagesetzes** in 2019, das die

deutschen **Klimaziele zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1.5 Grad** festschreibt

•**Das Klimaziel 2020** muss, soweit noch möglich, eingehalten werden, die weiteren **Klimaziele 2030 und 2050** müssen dringend nachgeschärft und konsequent umgesetzt werden

•Einführung einer wirksamen **CO<sub>2</sub> – Steuer** sowie weiteren konkreten und verpflichtenden Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen

Für die Landwirtschaft braucht es Rahmenbedingungen, die klimagerechte Praxis fördern:

•**Ausrichtung der gesamten EU-Agrarzahlungen (GAP)** auf eine klimaschonende, umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft (1)

•Verminderung der Emissionen aus der Tierhaltung durch Reduktion der Tierbestände und eine durchgängig **flächengebundene Tierhaltung**

•Maßnahmenpaket zur **Erreichung des 20 % Ökolandbau-Ziels** der Bundesregierung, welches u.a. eine forcierte Umsetzung der Zukunftsstrategie Ökolandbau beinhaltet

•Förderung der **CO<sub>2</sub>-Bindung durch Humusaufbau** in den landwirtschaftlichen Böden

•Etablieren einer **Stickstoffstrategie zur Reduzierung der Lachgasemissionen**

•Schutz, beziehungsweise **nachhaltige wirtschaftliche Nutzung, von Mooren, Grünland und Wald** sicherstellen  
Zudem muss nachhaltiger Konsum gefördert und die **Lebensmittelverschwendung** gestoppt werden.

Für Klimagerechtigkeit und Generationengerechtigkeit!

*Vi.S.d.P.: Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.: Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer*

(1) (SiG-Redaktion) In diesem Jahr wird die EU die Regeln für die Vergabe von Agrarsubventionen neu festlegen. Allein im Jahr 2017 wurde 57.537.900.000 Euro ausgeschüttet – das ist der größte Posten im EU-Haushalt. (Umweltinstitut München)

### Hintergrund:

Seit dem ersten [bäuerlichen Klimaappell](#) vor der Weltklimakonferenz von Paris 2015 hat sich die Klimakrise massiv verschärft. Insbesondere der Dürresommer 2018 hat der europäischen Land- und [Waldwirtschaft massiv geschadet](#). Der [Weltklimarat kommt in seinem Sonderbericht](#) vom Oktober 2018 zu dem Ergebnis, dass nur noch sehr wenige Jahre bleiben, um den Klimawandel bei 1,5 Grad zu stoppen. Selbst für den sonnen-durstigen Weinanbau ergeben sich bereits heute [dramatische Änderungen](#).

Auch in ihrem [Klima-Notruf](#) vom April dieses Jahres haben die Bauernverbände daher entschiedenes Handeln der Politik gefordert. In einer [Klimaklage](#) klagen Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Einhaltung des deutschen Klimaschutzzieles ein: Bis zum Jahr 2020 muss die Bundesregierung den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent senken (im Vergleich zu 1990).

Unter dem Motto [#farmersforfuture](#) haben sich zahlreiche Biobäuerinnen und -bauern zusammengetan, um ihre Forderungen für Klimagerechtigkeit mit Beispielen aus einer klimafreundlichen, landwirtschaftlichen Praxis zu untermauern.

<https://www.abl-ev.de/presse/>

Viele Bäuerinnen und Bauern sind auch bereit zu mehr Klimaschutz, umweltschonendem Ackerbau und artgerechter Tierhaltung. **Sie können aber die Herausforderungen nicht allein schultern, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Denn das System, das derzeit Landwirtschaft und Ernährung bestimmt, schadet uns allen – und unseren Kindern und Enkeln. **Wir rufen Bäuerinnen und Bauern deshalb auf, am 18. Januar 2020 mit dem Trecker nach Berlin zu fahren**, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft für eine zukunftsweisende Agrarpolitik zu demonstrieren“, so Janßen. <https://www.wir-haben-es-satt.de>



# Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Agrarpolitische Strategie muss auf den Tisch

Zur Großdemonstration von Bäuerinnen und Bauern am 26.11.2019 in Berlin

26. November 2019

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fallen die Bauernproteste nicht vom Himmel. Viel zu lange haben die Verantwortlichen in der Politik es versäumt, die notwendigen Veränderungen in der Landwirtschaft mit den Bäuerinnen und Bauern und mit anderen Teilen der Gesellschaft gemeinsam zu erarbeiten und dann gezielt umzusetzen.

*Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, sagt am Rande der Demonstration in Berlin:*

„Es ist richtig, Frust und Wut über die schwierige Lage auf unseren Höfen und über die ungeklärten Fragen der Zukunft nicht herunterzuschlucken, sondern aufzustehen und mit oder ohne Trecker für den Erhalt und die Zukunft der Betriebe zu demonstrieren. Über Jahrzehnte gab es von Politik, Wissenschaft und Verbänden die Ansage, dass wir es richtig machen, wenn wir die internationale Kostenführerschaft mit billigen Preisen anstreben und dafür schnelle und große Wachstums- und Intensitätsschritte vollziehen.

Dieses Agrarmodell der Rationalisierung stößt jetzt immer deutlicher an wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftliche und politische Grenzen. Wir erzielen keine fairen Preise und kein ausreichendes

des Einkommen für unsere Arbeit, die Auswirkungen auf Umwelt und Natur werden stärker wahrgenommen und – was sehr bedenklich für uns ist – wir drohen bei einem Weiter-So die Unterstützung der Gesellschaft zu verlieren. Die Bundesregierung reagiert spät auf den öffentlichen Druck und will nun mit Gesetzen und Verboten gegensteuern. Das kann aber noch mehr Berufskollegen und Berufskolleginnen zur Aufgabe ihrer Höfe bringen. Das wollen wir nicht.

Aus dieser Situation kommen wir nur heraus, wenn wir uns alle in die Pflicht und in die Verantwortung nehmen. Bäuerinnen und Bauern, Verbraucher- und Umweltbewegung, Lebensmitteleinzelhandel, Milch- und Fleischunternehmen und Politik sind jetzt gefordert aufeinander zuzugehen. Es sind doch viele Bäuerinnen und Bauern bereit, sich für Artenvielfalt und Klimaschutz praktisch einzusetzen – das ist doch in unserem ureigenen Interesse. Es sind viele bereit, auf artgerechte Tierhaltung zu setzen und den Umbau der Tierhaltung anzugehen. Wir können das und sind dabei auch bereit, frühere Wachstums-Leitbilder in Frage zu stellen und zu korrigieren. Ganz gleich, ob größere oder kleinere Betriebe, ganz gleich, ob konventionell oder biologische Wirtschaftsweise – wir alle sind in unserer bäuerlichen Arbeit von

politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Die Bundesregierung muss deshalb mit allen Beteiligten eine Nutztierstrategie, eine Ackerbau- und eine Grünlandstrategie vorlegen, aus der klar hervorgeht, welche Ziele angepackt und umgesetzt werden sollen, in welcher Zeit dies erfolgen soll, was das für unsere Höfe kostet und welche finanzielle Unterstützung dafür genutzt bzw. geschaffen wird. Es muss endlich darum gehen, nicht den Ausstieg aus der Landwirtschaft zu forcieren, sondern den noch vorhandenen Höfen eine wirtschaftliche Perspektive aufzuzeigen. Die Bundesregierung muss mit uns darüber verhandeln, wie sie eine Qualitätsstrategie umsetzen will, die unsere Erzeugnisse auf regionalen Märkten nach vorne bringt, anstatt unsere heimische Landwirtschaft den Exportinteressen mit Freihandelsabkommen wie Mercosur zu opfern. Die Bundesregierung muss erklären, wie sie das Spannungsfeld der notwendigen Veränderungen zusammenbringen will mit der praktischen Umsetzung für uns Bäuerinnen und Bauern und wie das bezahlt wird. Wir brauchen einen gemeinsamen Zukunftskonsens mit Politik und Gesellschaft darüber. Wir sind dazu bereit.“

<https://www.abl-ev.de/presse/>

## AbL, BUND, Brot für die Welt, Greenpeace Ministerin Klöckner muss Landwirtschaftskommission schaffen Ein gesellschaftlicher Konsens zur Zukunft der Landwirtschaft ist notwendig und möglich

*Auszüge aus der Presseerklärung vom 18. Oktober 2019*

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Brot für die Welt und Greenpeace fordern die Bundesregierung und vor allem das Bundeslandwirtschaftsministerium auf, umgehend eine Kommission einzuberufen.

Die Landwirtschaftskommission, der Vertreterinnen und Vertreter aus der Landwirtschaft, von Seiten der Verbraucher, aus dem Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie aus der Entwicklungspolitik, dem Einzelhandel, der Ernährungswirtschaft und den Ministerien angehören müssten, sollte bis Anfang 2020

konkrete Maßnahmen vorlegen. Das Ziel ist ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens über die Zukunft der Landwirtschaft, ein Finanzierungskonzept und die Vermeidung eines Strukturbruchs.

Die Aufgaben der Kommission wären:

- Eine Nutztierstrategie für die nächsten 20 Jahre entwickeln. Ziel ist ein Konsens für eine wirtschaftlich tragfähige Umsetzung einer anspruchsvollen und für die Verbraucherinnen und Verbraucher transparenten Tierwohlzielsetzung.

- Ein Konzept für eine EU-Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland einschließlich einer gerechten und zielgerechten Honorierung bäuerlicher Leistungen für Klima-, Arten- und Umwelt-

schutz erarbeiten. Die bislang pauschal und unbegrenzt pro Hektar ausgeschütteten EU-Direktzahlungen sind dafür zu nutzen.

- Ein Konzept für multilaterale Regeln für den globalen Handel mit Agrargütern, die eine Einhaltung von Menschenrechten sowie von hohen Sozial- und Umweltstandards garantieren, die bisherige Agrarexportstrategie beenden und Futtermittelimporte drastisch reduzieren.

- eine Klimaanpassungsstrategie entwerfen, die den Bäuerinnen und Bauern den Umbau ihrer Betriebe ermöglicht und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leistet.

<https://www.abl-ev.de/presse/>